

Jordanien

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	12
Streitkräftestruktur	13
Bewaffnung der Streitkräfte	14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	19

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	21
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	21
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	22
Innere Lage im Empfängerland	26
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	28
Bedrohung von Alliierten	31
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	32
Unerlaubte Wiederausfuhr	34
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	35

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Deutschland ist für Jordanien traditionell nur ein relativ kleiner Handelspartner im Bereich Rüstungsgüter und Kriegswaffen. Zu den weitaus wichtigeren Lieferanten von Rüstungsgütern und Kriegswaffen der letzten Jahre gehören die USA, die Vereinigten Arabischen Emirate und Italien. Nichtsdestotrotz befindet sich Deutschland aktuell (2020-2024) unter den Top-Lieferanten.

Im Jahr 1999 gründete die jordanische Regierung auf Erlass des Königs Abdullah II das King Abdullah II Design and Development Bureau (KADDB; mittlerweile zu JODDB umbenannt). Diese Agentur übernimmt eine Reihe von Aufgaben: Zunächst soll sie den jordanischen Streitkräften wichtige wissenschaftliche und technische Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus soll sie anderen Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika individuell angepasste Rüstungsgüter und Waffensysteme liefern. Zuletzt diene KADDB dem Aufbau einer breiten rüstungsindustriellen Basis, die die zivile Industrie ergänzen soll. Insgesamt hängt die erfolgreiche Entwicklung einer jordanischen Rüstungsindustrie weiterhin sehr stark von Erfolgen in der zivilen Industrie ab.

Das jordanische Militär gilt als sehr gut trainiert sowie hervorragend organisiert und gehört zu den professionellsten Streitkräften der Region. Die Streitkräfte sind nach offiziellen Angaben für die Verteidigung und Aufrechterhaltung der Souveränität, die Sicherheit sowie die Stabilität des Staates zuständig. Ihre Effektivität und Einsatzmöglichkeit leidet jedoch unter Finanzierungslücken und veraltetem Material.

Die jordanischen Streitkräfte blicken auf eine lange Geschichte zurück und sind fest in der Gesellschaft verankert. Als Garant für die Sicherheit des Staates hat der derzeit herrschende König Abdullah II eine Umstrukturierung und Neuausrichtung der Armee angeordnet, um die Einheiten mobiler zu gestalten und sie dem strategischen Umfeld Jordaniens anzupassen. Frauen sind schon seit 1950 Teil der Armee, spielten jedoch eher eine untergeordnete Rolle. Die Zehnjahresstrategie von 2005 sprach davon, die Rolle der Frau innerhalb der Streitkräfte weiter zu verbessern. Inzwischen stehen Frauen mehr alle Positionen innerhalb des Militärs offen. Auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung übt das jordanische Militär seit jeher einen maßgeblichen Einfluss aus.

Neben dem Militär verfügt das jordanische Königshaus noch über eine Reihe weiterer Sicherheitskräfte. Der jordanische Geheimdienst (General Intelligence Directorate – GID) ist Teil der Streitkräfte und berichtet direkt dem König. Er nimmt für sich in Anspruch, Königshaus und Land zu verteidigen sowie Freiheit und Demokratie zu schützen. Darüber hinaus zählt die Terrorismusbekämpfung und -abwehr zu den zentralen Aufgabengebieten des Geheimdienstes.

Sowohl der Gesundheitsbereich und die Bildung als auch die industrielle Entwicklung haben von Aktivitäten und Maßnahmen der Streitkräfte profitiert. Von diesen positiven Einflüssen und Entwicklungen abgesehen ist jedoch offenkundig, dass die jordanische Armee militärische Patronagenetzwerke gefördert hat.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Jordanien ist nur einigen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen beigetreten, hat jedoch bis heute auch einige wichtige Verträge nicht ratifiziert, wie etwa das Abkommen über Streumunition oder den Arms Trade Treaty. Das Land ist bei Rüstungskontrollverhandlungen innerhalb des Nahen und Mittleren Ostens ein aktiver Akteur. Regionale Erfolge bleiben auf diesem Gebiet allerdings bisher weitestgehend aus. Jordanien verfügt über ein Nuklearprogramm und nutzt die Kernenergie für zivile Zwecke. Das Land ist Mitglied des Nichtverbreitungsvertrages für Nuklearwaffen und hat das Comprehensive Safeguard Agreement (CSA) sowie das zugehörige Protokoll unterzeichnet, das der Internationalen Atomenergiebehörde die Inspektion aller Nuklearanlagen gestattet.

Insgesamt ist die Menschenrechtslage in Jordanien durch massive Eingriffe des Königshauses in grundlegende Menschen- und Bürgerrechte gekennzeichnet. Laut aktuellen Berichten von Human Rights Watch sind die Meinungs-, Versammlungs- und Medienfreiheit weiterhin stark eingeschränkt. Problematisch ist darüber hinaus die Einflussnahme des Königshauses auf Gerichtsverfahren sowie Folter und willkürliche Verhaftung, die Missachtung der Privatsphäre und die Unterdrückung von Frauen, religiösen Minderheiten und LGBTQIA+ Personen. Besorgniserregend ist auch der willkürliche Entzug der jordanischen Staatsangehörigkeit palästinensisch-stämmiger Bürger:innen.

Generell ist die politische Lage in der Region angespannt. Die Situation hat sich durch die Umbrüche in den nordafrikanischen Staaten und Protesten in Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie dem Krieg in Syrien und Jemen weiter verschärft. Der Syrien-Konflikt hat aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen in Jordanien nicht mehr nur sozio-ökonomische Folgewirkungen. Die Flüchtenden bedeuten eine erhebliche Belastung für den jordanischen Staat und die Bevölkerung. Zweifellos einer der relevantesten Faktoren für die Stabilität und Sicherheit Jordaniens ist der anhaltende israelisch-palästinensische Konflikt. Jordanien hat großes Interesse an einer friedlichen Lösung des Konflikts und einem ruhigen Westjordanland. Nach dem Angriff der terroristischen Hamas auf Israel im Oktober 2023 und mit der Gegenreaktion Israels im Gazastreifen hat sich der Konflikt jüngst drastisch verschärft. Im Gazastreifen ist eine humanitäre Ausnahmesituation entstanden.

Jordanien ist Mitglied der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition, die im Jemen seit März 2015 gegen die vom Iran unterstützten Huthi-Rebell:innen kämpft. Jordanien hat sich dabei auch mit Kampfflugzeugen an den Luftschlägen der Koalition beteiligt. Auch die jemenitische Zivilbevölkerung wird immer wieder zum Ziel von Luftangriffen.

Jordanien ist wichtigen internationalen Abkommen zur Terrorismusbekämpfung beigetreten. Generell bleibt die Gefahr des Terrorismus jedoch eine ernstzunehmende Bedrohung. Sowohl regionale als auch transnationale und lokale Terrorgruppen haben vereinzelt Angriffe durchgeführt.

Das Land bezieht in geringem Umfang Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit (ODA), gehört jedoch zu den 15 größten Schuldnern beim Internationalen Währungsfonds. Die Auslandsverschuldung als Teil des Nationaleinkommens ist in Jordanien ebenfalls sehr hoch. Die Prognosen sind derzeit getrübt durch die negativen Auswirkungen des Ukraine Krieges und besonders durch den wieder aufgeflammt Konflikt zwischen Israel und Palästina auf den Tourismus-Sektor des Landes. Jordanien gehört nach den Kategorien des World Development Index zu den Ländern mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“ und lag mit einem HDI-Wert von 0,736 zuletzt auf Platz 99 (von 193) weltweit. In Bezug auf die Sustainable Development Goals (SDG) machte Jordanien in den letzten vier Jahren kaum

Fortschritte, im letzten Jahr sogar Rückschritte (Rang 85 von 166). Lediglich 40 % der gesetzten Ziele wurden bisher erreicht; bei knapp 30 % sind Fortschritte zu verzeichnen. Mit knapp 5 % des BIP sind die Militärausgaben Jordanien aktuell sehr hoch. Im Gegenzug dazu sind die Bildungsausgaben mit 3,2 % des BIP niedrig; insbesondere, da das Bildungssystem vor großen Herausforderungen steht. Aktuelle Gesundheitsausgaben liegen nicht vor. Rüstungsexporte erscheinen vor diesem Hintergrund als „möglicherweise kritisch“ und angesichts der bereits sehr hohen Militarisierung des Landes (aktuell Rank 14 des GMI-Rankings) nicht ratsam.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2001-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamt- wert
2001	Maschinenpistolen, Gewehre und Karabiner (einschließlich Kriegswaffe): 68,5%	0,06
2002	Splitterschutzanzüge und militärische Schutzhelme: 70,0 % ABC – Schutzbekleidung 27,4 %	0,16
2003	Schießsimulator für Panzer 45,6 % Jagd- und Sportwaffen, Geländewagen und Munition für Jagd- und Sportwaffen: 81,1% Dekontaminationsfahrzeug und ABC – Schutzanzüge: 16,7 % Flugkörper-Warnsystem 13,3 %	3,68
2004	Geländewagen und Batterien für Landfahrzeuge: 58,1 % Teile für Feuerleiteinrichtungen: 36,7 %	1,57
2005	Geländewagen und Teile für Panzer, Spähfahrzeuge: 52,5 % Teile für Feuerleiteinrichtungen: 26,3 % Gewehre, Pistolen, Maschinenpistolen, Jagdgewehre, Schalldämpfer und Teile für Gewehre, Pistolen, Maschinenpistolen, Maschinengewehre: 17,2 %	4,41
2006	Hubschrauber und Teile für Hubschrauber, Triebwerke, Atemgeräte: 95,3 %	21,20
2007	Minenräumgeräte, Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumgeräte, Landfahrzeuge: 49,2 %	7,29
2008	Faltstraßengerät, Minenräumgeräte und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumgeräte, Landfahrzeuge: 38,6 % Maschinenpistolen, Pistolen und Teile für Maschinenpistolen: 26,0 % Munition für Maschinenpistolen: 16,0 %	13,81
2009	Granatmaschinenwaffen und -teile für Granatmaschinenwaffen: 88,2 %	9,49
2010	Minenräumgeräte (Hilfsorganisationen) und Teile für Minenräumgeräte, Geländewagen: 36,7 % Gewehre mit KWL – Nummer, Pistolen: 28,0 % Fallschirmraketen: 16,3 %	1,41
2011	Laufzielanlagen: 28,5% Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Minenräumgeräte (Hilfsorganisation): 27,6% Gewehre ohne KWL-Nummer, Pistolen, Waffenzielgeräte und Teile für Pistolen: 20,3% Mobile Stromerzeuger und Teile für mobile Stromerzeuger: 7,1%	0,92

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamt- wert
2012	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Faltstraßengeräte, Minenräumgeräte: 70,1 % Maschinenpistolen [Museumstücke], Pistolen, Waffenzielgeräte Teile für Maschi- nenpistolen, Pistolen: 24,5 %	1,14
2013	Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Geländefahrzeuge und ballistischen Schutz: 47,7% Panzerabwehrwaffen: 25,1% Waffenübungsgeräte, Munition für Waffenübungsgeräte und Waffensimulatoren: 16,6%	10,1
2014	Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Pistolen und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Pistolen: 64,2% Teile mit ballistischem Schutz für Geländewagen: 27,0%	1,39
2015	Panzerabwehrwaffen: 43,7% Teile für gepanzerte Fahrzeuge und ballistischen Schutz: 36,1% Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Pistolen, Schalldämpfer, Magazine und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Pistolen: 11,6%	7,25
2016	Schützenpanzer, Fahrschulpanzer und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 77,0% Bildverstärkerausrüstung, Wärmebildgeräte und Teile für Wärmebildgeräte: 7,2%	16,61
2017	Flugsimulatoren: 40,9% Schützenpanzer, Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft] und Teile für gepan- zerte Fahrzeuge: 38,4% Sekundärradargeräte und Teile für Sekundärradargeräte: 4,6%	31,54
2018	Fahrerperiskope [Ertüchtigungsinitiative] und Teile für Fahrerperiskope [Ertüchti- gungsinitiative]: 24,1% Panzerabwehrwaffen und Teile für Kanonen [Ertüchtigungsinitiative]: 22,2% Artillerie Ortungsradar, Prüfausrüstung und Teile für Artillerie Ortungsradar: 21,2% Dokumentation für Artillerie Ortungsradar und Technologieunterlagen für Fahrer- periskope [Ertüchtigungsinitiative]: 15,3%	9,57
2019	Schützenpanzer, LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 69,5% Teile für Feuerleiteinrichtungen: 15,6%	22,22
2020	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, ballistischen Schutz: 77,7% Fallschirme und Teile für Transportflugzeuge, Flugzeuge: 20,3%	1,67
2021	Bergepanzer [Ertüchtigungsinitiative], LKW [Ertüchtigungsinitiative] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW [Ertüchtigungsinitiative]: 72,4% Herstellungsausrüstung für militärische Ausrüstung: 13,2%	9,73
2022	Schießsimulatoren [Ertüchtigungsinitiative]: 48,0%; Teile für gepanzerte Fahrzeuge [Ertüchtigungsinitiative]: 36,3%	4,16
2023	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, bal- listischem Schutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, ballistischen Fahrzeugschutz: 90,9%	4,62

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte 1999-2023

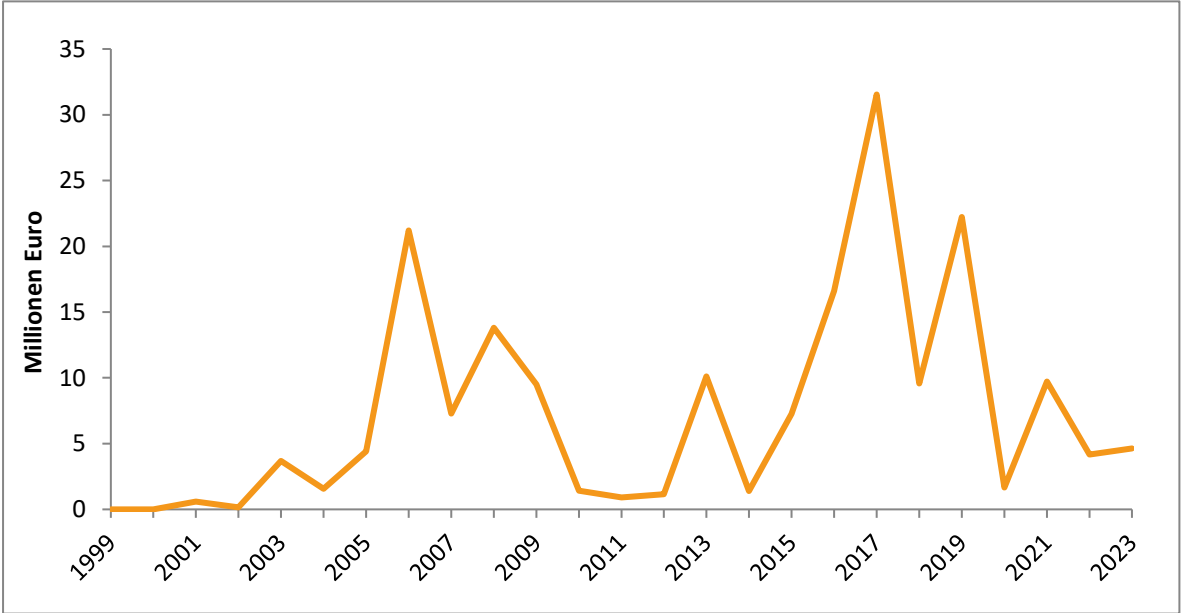


Tabelle 2
Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Jordanien 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
6	EC-135/EC-635 T-1	Leichte Hubschrauber	2003	2003-2004	6	Neuwertig
4	EC-135/EC-635T-1	Leichte Hubschrauber	(2006)	2006-2007	(4)	Neuwertig
14	G-120TP	Trainingsflugzeug	2016	2016-2017	(14)	Neuwertig
(25)	Marder-1A3	Schützenpanzer	2016	2016-2017	25	Gebraucht; Schenkung; Generalüberholt
2	G-120TP	Trainingsflugzeug	2017	2018	2	Neuwertig
25	Marder-1A3	Schützenpanzer	2017	2018	25	Gebraucht; Generalüberholt; Schenkung;
25	Marder-1A3	Schützenpanzer	2019	2019-2020	25	Gebraucht; Schenkung; Modernisiert

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland ist traditionell kein bedeutender Rüstungslieferant für Jordanien. In den vergangenen Jahren war einer der wichtigsten Exporte die Lieferung von insgesamt zehn leichten Hubschraubern des Typs EC-635 vom Hersteller Eurocopter. Neben Hubschraubern genehmigte Deutschland weiterhin den Export von kleinen und leichten Waffen, Ersatzteilen für gepanzerte Fahrzeuge sowie Minenräumgeräten. Deutsche Unternehmen lieferten auch mehrere tausend Maschinenpistolen, mehrere hundert Granatwerfer und mehr als dreihundert Sturmgewehre.

2016 genehmigte die Bundesregierung die Lieferung von vierzehn G-120TP Trainingsflugzeugen, die bereits 2017 vollständig ausgeliefert wurden. Die Exportgenehmigung beläuft sich auf ein Volumen von 16,6 Millionen (2016), bzw. 31,5 Millionen Euro (2017) und stellt damit mit Abstand die bedeutendste deutsche Rüstungslieferung nach Jordanien dar. Ebenfalls 2016 wurde der Export von 25 Schützenpanzer vom Typ Marder-1A3 genehmigt. Die gebrauchten Schützenpanzer aus alten Bundeswehrbeständen sind eine Schenkung zur Unterstützung im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) und wurden bis Ende 2017 ausgeliefert. 2018 bis 2020 schenkte und lieferte Deutschland insgesamt 50 weitere gebrauchte Marder-1A3 Schützenpanzer an Jordanien. Alle dieser Panzer wurden vor der Lieferung generalüberholt bzw. modernisiert. Des Weiteren bekam das jordanische Militär 2018, zusammen mit den zwei G-120TP-Trainingsflugzeugen, 70 Trucks und 56 Busse von Deutschland geschenkt.

Die 14 Ausfuhrgenehmigungen für 2020 sind mit einem Wert von knapp 1,7 Millionen Euro relativ niedrig. Seit 2018 werden an Jordanien auch Rüstungsgüter im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative geliefert, so etwa auch im Jahr 2021, als Bergepanzer, LKW und Herstellungsausrüstungen geliefert wurden. Im selben Jahr wurde zudem die Ausfuhr von 6 Maschinenpistolen und entsprechenden Teilen sowie 29 Maschinengewehren im Gesamtwert von 24.449 Euro genehmigt. Jordanien war zudem eins der neun Länder, in denen bisher Post-Shipment-Kontrollen durchgeführt wurden. Diese verliefen nach Angaben des Rüstungsexportberichts 2021 ohne Beanstandungen. 2022 wurden im Zuge der Ertüchtigungsinitiative Schießsimulatoren und Teile für gepanzerte Fahrzeuge zur Ausfuhr nach Jordanien bewilligt. Hierbei handelte es sich um insgesamt sieben Bewilligungen im Wert von 4,16 Millionen Euro. 2023 wurden Ausfuhren in Höhe von 4,62 Mio. Euro genehmigt (gepanzerte Geländefahrzeug) – es kam allerdings auch zur Ablehnung einer früher genehmigten Lieferung im Wert von 11.800 Euro.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3
Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Jordanien 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	157	67	41	16	24	306

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten

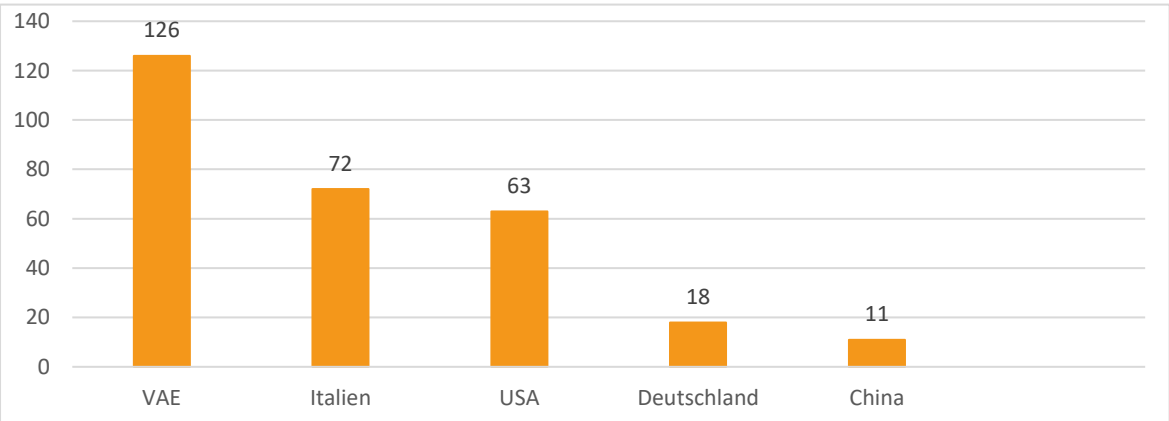
Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Jordanien 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	18	-	-	-	-	18

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2
Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2025) nahm Jordanien im Zeitraum zwischen 2020 und 2024 die 56. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Zu den wichtigsten Lieferanten von Rüstungsgütern und Kriegswaffen gehörten in diesem Zeitraum die Vereinigten Arabischen Emirate (mit 41 % aller Lieferungen), Italien (24 %), die USA (21 %), Deutschland (6 %) und China (4 %).

2019 orderte Jordanien von den VAE 500 Paveway-Lenkbomben, die im selben Jahr geliefert wurden; ein Jahr später schenkten die VAE Jordanien 70 ausgemusterte Leclerc Panzer. Bereits 2015 hatte Jordanien 166 Paveway-Bomben sowie 13 gebrauchte Hawk-60 (kampfähige Trainingsflugzeuge) und 2017 sieben neuwertige RG-31 Nyala (gepanzerte Mannschaftstransporter) von den VAE erhalten.

Von Italien wurde 2014 eine Lieferung von 80 gepanzerten Fahrzeugen des Typs Centauro genehmigt, welche allerdings erst zwischen 2020 und 2022 ausgeliefert wurden.

berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

In den vergangenen Jahren lieferten die USA zahlreiche Raketen und Lenkbomben, Luft- raumsuchradare und andere Aufklärungssysteme sowie leichte Transportflugzeuge und leichte Helikopter (teilweise auch kampffähige, wie insgesamt 15 AH-1F). Weitere Unterstüt- zung aus den USA erhielt die jordanische Armee bei der Modernisierung ihrer aus US-Pro- duktion stammenden M-113 (gepanzerte Mannschaftstransporter) durch die Lieferung von 100 Dieselmotoren. Von diesen Transportern erhielt Jordanien allein zwischen 2017 und 2018 300 gebrauchte Modelle. Allein seit 2022 wurden aus den USA 3 C-130H Transportflugzeuge, 15 gezogene Geschütze (L-118), vier Cessna-208 Caravan, zehn Bell-505 sowie 250 FGM-148 Javelin und drei DB-110 Luftaufklärungssysteme geliefert.

Aus China erhielt Jordanien im Jahr 2016 sechs CH-4B (kampffähige Drohnen) und zwi- schen 2023 und 2024 alle zehn geordneten Mehrfachraketenwerfer des Typs SR-5.

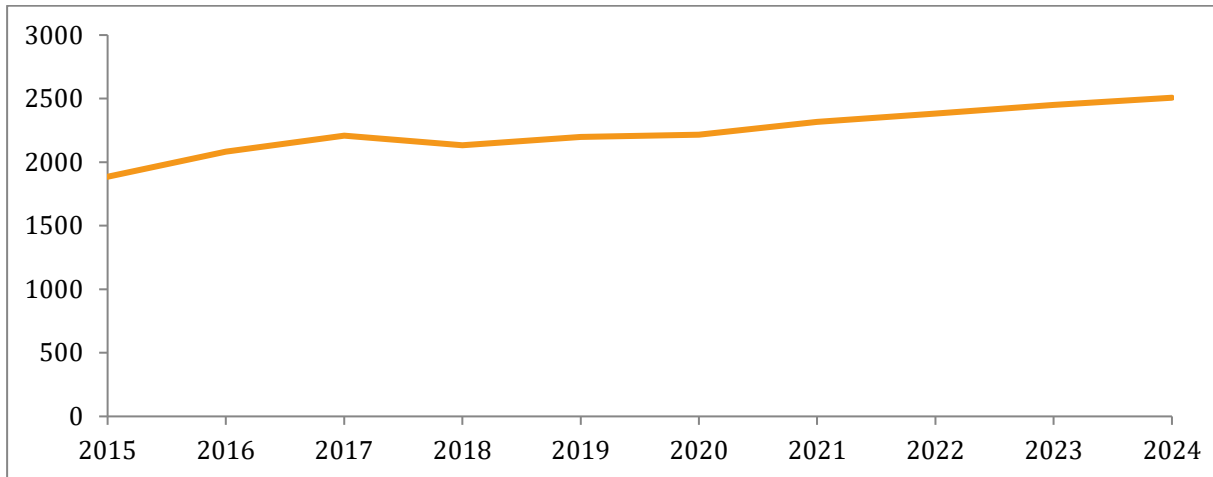
Doch auch von weiteren Ländern erhielt Jordanien in den vergangenen Jahren Waffensys- teme: aus Russland hat Jordanien zwischen 2018 und 2019 bspw. vier Mi-26 Transporthub- schrauber importiert. Zur Bekämpfung des IS wurde 2015 zudem ein Rüstungsdeal über die Lieferung von zwölf IAI Heron Aufklärungsdrohnen und zwölf taktischen Elbit Systems Skylark mit Israel beschlossen. Die USA unterstützen die Bekämpfung der Terrormiliz zudem zwischen 2015 und 2017 durch die Lieferung von 20 Sikorsky S-70 Black Hawk Transporthub- schraubern, mehr als 36.000 Maschinengewehren mit zugehöriger Munition sowie 5.000 Nachtsichtgeräten.

Militärausgaben

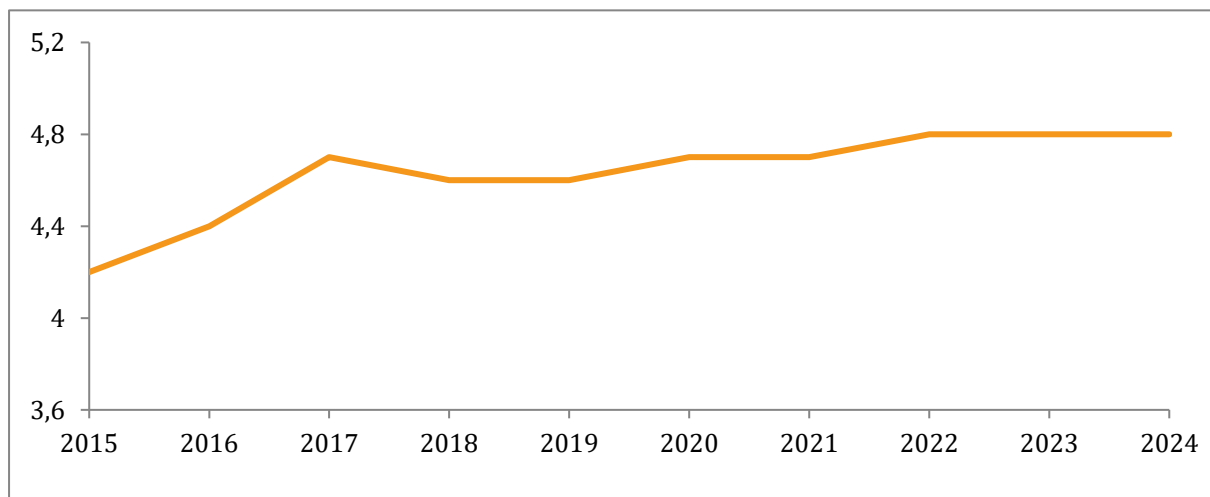
Tabelle 5
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2217	2316	2383	2450	2507
Anteil am BIP (in Prozent)	4,7	4,7	4,8	4,8	4,8
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	14,8	14,6	14,7	14,9	14,4

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3**Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD**

Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

In den 1990er Jahren war die jordanische Rüstungsindustrie vom Royal Maintenance Corps (RMC) geprägt. Mit der Expertise des Unternehmens war es möglich, Instandhaltungs-, Überarbeitungs- und im begrenzten Maße auch Kampfwertsteigerungsaufgaben durchzuführen. In der zu damaliger Zeit größten Fabrik des Landes in Zarqa, der King Hussein Main Workshops (KHMW), wurden gepanzerte Fahrzeuge gebaut sowie Schützenpanzer und gepanzerte Mannschaftstransporter modernisiert. Das Unternehmen war darüber hinaus in der Lage, britische Spähpanzer des Typs Alvis Scorpion nachzubauen. Diese Arbeit und die damit verbundene Expertise war Bestandteil des Plans, eine heimische Rüstungsindustrie aufzubauen. Im Jahr 1999 gründete die jordanische Regierung auf Erlass des Königs Abdullah II das King Abdullah II Design and Development Bureau (KADDB), das im November 2020 zu Jordan Design & Development Bureau (JODDB) umbenannt wurde. Zu JODDB gehören derzeit elf Unternehmen und derzeit (Stand: 2024) werden rund 1.850 Mitarbeiter:innen beschäftigt.

Die Agentur ist Teil der jordanischen Streitkräfte und der Vorstand berichtet direkt dem König. Dass die Agentur per Dekret gegründet wurde und direkt dem König berichtet, zeugt von der Bedeutung, die dem KADDB bei dem Aufbau der jordanischen Rüstungsindustrie zugeschrieben wird. Es übernimmt eine Reihe von Aufgaben: Zunächst soll es den jordanischen Streitkräften wichtige wissenschaftliche und technische Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus soll es anderen Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika individuell angepasste Rüstungsgüter und Waffensysteme liefern. Zudem dient JODDB dem Aufbau einer breiten rüstungsindustriellen Basis, die die zivile Industrie ergänzen soll. Neben den oben genannten Aufgaben verfolgt das Unternehmen insgesamt zwei grundlegende Ziele: Zunächst gilt es, in Kooperation mit anderen ausländischen Unternehmen oder mit einheimischen Unternehmen die militärische Nachfrage zu bedienen. Darüber hinaus sollen eigene Technologien und Verteidigungskonzepte entwickelt werden, im Zuge dessen auch durch Kooperation mit ausländischen Herstellern die Produktion und Entwicklung von Waffensystemen vorangetrieben werden sollen.

Durch ein russisches Kooperationsprojekt ist Jordanien seit Mai 2013 bspw. in der Lage, raketenbetriebene Granatwerfer (RPG) in eigener Produktion herzustellen. Im Jahr 2005 beschloss KADDB und die Bin Jabr Group aus Abu Dhabi bspw. ein Gemeinschaftsprojekt und gewannen einen 41 Mio. US-Dollar schweren Auftrag zur Lieferung von 500 Nimr taktischen Fahrzeugen (High Mobility Tactical Vehicle) an die Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate, die jedoch in Jordanien produziert wurden. Erfolge bei den Anstrengungen, Rüstungstechnologie in das Land zu transferieren sind jedoch derzeit noch begrenzt. Seit 2006 war das Büro im Rahmen seiner „Vision 2010“ bestrebt, sein Portfolio - neben gepanzerten Fahrzeugen - deutlich zu erweitern. So werden derweil auch unbemannte Aufklärungsflugzeuge, eine Reihe verschiedene Drohnen-Typen und andere unbemannte Systeme sowie Informationssysteme gebaut (bspw. durch das Unternehmen MarsRobotics).

Mit den USA pflegt das jordanische Königshaus seit Jahren gute Kontakte. Die Streitkräfte sind nicht nur Empfänger US-amerikanischer Rüstungsgüter und Waffensysteme, US-amerikanische Rüstungsunternehmen kooperieren ebenso mit dem JODDB in verschiedenen Bereichen, wie in der Vergangenheit bspw. bei der Modernisierung des M60 A3 Kampfpanzers. Das US-Unternehmen Raytheon unterstützte die Agentur hier etwa bei dem Einbau eines integrierten Feuerleitsystems. Im Mai 2012 einigten sich KADDB und Aselsan, einer der größten Hersteller elektronischer Systeme in der Türkei, auf die Gründung eines gemeinsamen

Unternehmens zur Herstellung von Nachtsicht- und Wärmebildgeräten für gepanzerte Fahrzeuge.

Die jordanische Rüstungsindustrie verfügt also über die Fähigkeiten, einfache Waffensysteme (wie auch Klein- und Leichtwaffen) und leichte gepanzerte Fahrzeuge im Land zu montieren und dafür notwendige Teile (teilweise) selbst zu produzieren. In den vergangenen Jahren standen im Mittelpunkt der Bemühungen die eigenständige Herstellung von Lizenznachbauten sowie begrenzte Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zum Nachbau von fortschrittlichen Waffensystemen. So stellte ein Unternehmen 2021 etwa eine eigens entwickelte Drohne vor, die mit RPG-26-Raketenwerfer, einem vierläufigen 40-mm-Granatwerfer oder einer Greifvorrichtung ausgestattet werden kann. Dennoch musste zur Rekapitalisierung des alternden Geräts der jordanischen Landstreitkräfte in jüngerer Zeit auf Gebrauchsgüter aus europäischen Staaten zurückgegriffen werden.

Insgesamt hängt die erfolgreiche Entwicklung einer jordanischen Rüstungsindustrie weiterhin sehr stark auch von Erfolgen in der zivilen Industrie ab. Rüstungsexporte spielen entsprechend keine große Rolle.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

100.500 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 86.000

Marine: 500

Luftwaffe: 14.000

Reserve: 65.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 15.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	100,5	100,5	100,5	100,5	100,5	100,5	100,5	100,5	100,5
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	10	9,8	9,6	9,4	9,2	9,1	8,9	8,8	8,7

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Das jordanische Militär untersteht direkt dem König. Es gilt als sehr gut trainiert sowie hervorragend organisiert und gehört zu den professionellsten Streitkräften der Region. Gleichwohl sind sie den Streitkräften der Nachbarstaaten zahlenmäßig und waffentechnisch deutlich unterlegen. Aufgehalten wurde eine umfangreiche Modernisierung der Armee durch fehlende finanzielle Ressourcen. Modernisierungsbedarfe werden derzeit aber erneut evaluiert. Der Bestand an militärischem Gerät umfasst weitgehend ältere Systeme, Neuanschaffungen werden oft aus zweiter Hand beschafft.

Die Aufgabe der Streitkräfte ist nach offiziellen Angaben die Verteidigung und Aufrechterhaltung der Souveränität, der Sicherheit und der Stabilität des Staates. Um möglichen Gefahren besser begegnen zu können, strebt Jordanien seit einiger Zeit eine Neuorganisation seiner Streitkräfte an. Der Schwerpunkt liegt auf schnell verlegbaren Einheiten sowie Spezialeinheiten, die sowohl die interne Sicherheit garantieren als auch für den Grenzschutz eingesetzt werden können. So wurde 2025 bspw. bekannt, dass ein 2017 eingestelltes Luftlandebataillon wieder aufgestellt werden soll.

Grundsätzlich beteiligen sich die Streitkräfte an UN Peacekeeping Missionen und sind darüber hinaus in der Lage regional eingesetzt zu werden. So beteiligten sie sich an ISAF-Operationen in Afghanistan und an Luftoperationen über Syrien und Jemen. Die jordanischen Streitkräfte sind ein wichtiger Nicht-NATO-Verbündeter der USA und erhielten bis 2022 mindestens 350 Millionen US-Dollar ausländische Finanzierungshilfe. 2024 wurde zudem, im Angesicht der regionalen Instabilität, ein NATO-Liaison-Büro in Amman gegründet – das erste in der Region.

Bewaffung der Streitkräfte

Tabelle 7
Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	302	
Schützenpanzer	399	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 968	
Bergepanzer	Mehr als 85	
Panzerabwehr	115	Zusätzlich tragbare Panzerabwehr- lenkwaffensysteme, u. a. FGM-148 Ja- velin, TOW/TOW-2A
Minenfahrzeuge	12	
Artillerie	1397	Davon 112 im Lager
Luftabwehr	Mehr als 200	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Das Heer verfügt mit Abstand über die größte Anzahl Soldat:innen aller Teilstreitkräfte und übernimmt wichtige Aufgaben bei der Landesverteidigung. Es kann dabei hauptsächlich auf Ausrüstung aus britischer und US-amerikanischer Produktion zurückgreifen. Ältere Kampfpanzer des Typs Challenger 1, Al-Khalid und M60A1/A3 bildeten bisher den Kern des Heeres. Die noch etwa 50 im Einsatz befindlichen Challenger I werden jedoch derzeit ausgemustert – 330 waren bis 2023 / 2024 eingelagert, werden derzeit aber nicht mehr vom IISS gelistet (Stand: 2025). Spekulationen, dass diese ausgemusterten Exemplare über Großbritannien an die ukrainischen Streitkräfte geliefert wurden, können allerdings nicht bestätigt werden. Die 182 M60 A3 wurden im Rahmen einiger Projekte der staatlichen Rüstungsindustrie (koordiniert von King Abdullah Design and Development Bureau (JODDB, ehemals KADDB)) umfassend modernisiert. Dieser Prozess umfasste beispielsweise die Integration des Phoenix Feuerleitsystems sowie die Erneuerung des Geschützturms mit einem neuen Glattrohr. Zudem wurden Jordanien im Jahr 2020 seitens der Vereinigten Arabischen Emirate 70 gebrauchte Panzer des Typs Leclerc als Hilfe überlassen. Neben diesen Panzern verfügt das jordanische Heer über 399 Schützenpanzer und fast rund 1.000 gepanzerte Mannschaftstransporter. Erstere stammen überwiegend aus den Niederlanden und Südafrika. So wurden zwischen 2011 und 2015 gebrauchte Schützenpanzer des Typs AIFV aus den Niederlanden importiert. Südafrika lieferte im Zeitraum von 2003 und 2006 ebenfalls gebrauchte Ratel 20 Schützenpanzer. Diese wurden in den Jahren 2016-2020 durch 50 gebrauchte, aber modernisierte Marder-1A3 aus Deutschland ergänzt.

Bei den gepanzerten Truppentransportern im Besitz des jordanischen Heeres handelt es sich überwiegend um ältere US-amerikanische Modelle der Typen M113 A1/A2 bzw. M577 AC. Inzwischen kann das Heer auch auf gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs Al-Wahsh aus eigener Produktion zurückgreifen. Um die Luftabwehrkapazitäten des Heeres weiter zu stärken, kaufte das Land zwischen 2014 und 2016 zudem 60 ausgemusterte Luftabwehrsysteme des Typs Gepard SPAAG aus den Niederlanden. Jordanische Bodentruppen können inzwischen auch auf modernes Equipment zurückgreifen. Insgesamt stellen sich die gepanzerten, mechanisierten Artillerie- und Panzerabweereinheiten der jordanischen Landstreitkräfte als sehr effektiv dar.

Tabelle 8
Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	9	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Jordanien besitzt nur eine etwa 26 Kilometer lange Küstenlinie, die dem Land entlang des Golfs von Akaba einen Zugang zum Roten Meer sichert. Die jordanische Marine ist damit mit Abstand die kleinste der drei Teilstreitkräfte und verfügt insgesamt nur über etwa 500 Personen und neun Patrouillenboote aus britischer und US-amerikanischer Produktion, die vor

mehr als 20 Jahren gebaut wurden. 2019 erhielt die Marine zwei neue Response Boat-Medium aus den USA. Zwei weitere MGBW-38m Patrouillenboote wurden 2020 in den USA bestellt.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	47	
Erdkampfflugzeuge	2	Alle eingelagert
Aufklärer	10	Alle kampffähig
Ausbildungsflugzeuge	37	Davon 12 kampffähige Hawk Mk 63 im Lager
Transportflugzeuge	16	Davon 5 im Lager
Kampfhubschrauber	29	Davon 17 im Lager
Mehrzweckhubschrauber	20	Davon 6 im Lager
Transporthubschrauber	71	Davon 13 im Lager
Drohnen	Einige	Aufklärung- und Kampfdrohnen; u. a. CH-4B, S-100 Camcopter; davon manche im Lager
Luftabwehr	46	
Raketen	Einige	u. a. AGM-65D/G Maverick, AIM-120C AMRAAM

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die jordanische Luftwaffe ist eine hoch professionalisierte Teilstreitkraft innerhalb des jordanischen Militärs und verfügt über eine Reihe von Kampfflugzeugen aus unterschiedlichen Ländern. Ihre Effektivität und Einsatzmöglichkeit leidet jedoch unter erheblichen Finanzierungslücken und veraltetem Material. Im Gegensatz zum Nachbarn Israel verfügt das Land nicht über eine Vielzahl moderner Waffensysteme. Die militärische Führung hat begonnen, ein modernes System zur Führung und Steuerung, Kommunikation, Computer, Informationsbeschaffung, Überwachung und Aufklärung (C4ISR) zu installieren. Mit diesem System soll die Interoperabilität zwischen den Teilstreitkräften insgesamt gefördert und die Luftverteidigung Jordaniens verbessert werden.

Die Luftwaffe verfügt über 47 Kampfflugzeuge des Typs F-16. Es ist daher davon auszugehen, dass die Anzahl der F-16 Kampfflugzeuge in der jordanischen Luftwaffe in Zukunft zunehmen wird. Entsprechende Überlegungen gibt es bereits. Einige andere Flugzeuge befinden sich noch im Lager und sollen in naher Zukunft verkauft werden. Unter ihnen befinden

sich zwei AC-235 zur Unterstützung von Bodentruppen und 12 Hawk Mk63 Trainingsflugzeuge. Auch 17 AH-1F Cobra (Angriffshelikopter), 13 Bell 205 bzw. UH-1H Iroquois (leichte Transporthelikopter) sowie eine unbestimmte Anzahl an CH-4B (kampffähige Drohnen) sollen verkauft werden. Neben diesen zu verkaufenden Geräten stehen noch 12 Kampfhubschrauber des Typs AH-1F Cobra im Bestand der Luftwaffe.

Box 2

Paramilitärische Einheiten

Gendarmerie:

Mehr als 25 gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige gepanzerte Nutzfahrzeuge

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 3

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 9 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 5 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 11 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die jordanischen Streitkräfte blicken auf eine lange Geschichte zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg und aufgrund der Lehren aus dem arabisch-israelischen Krieg von 1948 veranlasste König Hussein im Jahr 1952 eine umfassende und signifikante Vergrößerung der Armee, um die Sicherheit des Staats weiterhin garantieren zu können. Gleichzeitig befahl König Hussein die Modernisierung der Luftwaffe, die seitdem ein wichtiger Bestandteil und das Aushängeschild der jordanischen Armee ist. Als Garant für die Sicherheit des Staates hat der derzeit herrschende König Abdullah II eine Umstrukturierung und Neuausrichtung der Armee angeordnet, um die Einheiten mobiler zu gestalten und sie dem strategischen Umfeld Jordaniens anzupassen. Die Streitkräfte unterstehen dem Verteidigungsministerium, ihre Hauptaufgabe ist die Landesverteidigung. Sie werden jedoch auch in unterstützenden Rollen für die innere Sicherheit sowie gegen Drogen- und Waffenschmuggel aus Syrien eingesetzt.

Frauen sind schon seit 1950 Teil der Armee, spielten jedoch lange Zeit eine untergeordnete Rolle und leisteten ihren Dienst insbesondere als Lehrerinnen für Militärschulen. Seit 1965 hat die Zahl der Frauen im Militär deutlich zugenommen. Mit der Gründung einer Abteilung für Frauenangelegenheiten innerhalb des Militärs im Jahr 1995 wurde ihre Rolle abermals aufgewertet. Aufgabe der Abteilung ist die spezielle Förderung von Frauen in allen Bereichen des Militärs. Im Jahr 2005 wurde eine Zehnjahres-Strategie verabschiedet, die die Rolle der Frau innerhalb der Streitkräfte nochmals verbessern sollte. Der Anteil an weiblichen Feldoffizieren soll auf drei Prozent erhöht werden, wofür Mitte 2021 – im Rahmen einer Gender-Mainstreaming-Strategie – ein spezielles Ausbildungszentrum eröffnet wurde. Frauen

können mittlerweile alle Positionen in den Streitkräften einnehmen, was allerdings auch auf operationelle Bedarfe zurück geht. 2006 wurde etwa eine erste „Female Company“ gegründet, da männliche Soldaten Frauen nicht durchsuchen dürfen und es in Amman im Jahr 2005 zu einem Bombenanschlag kam, der von einer Irakerin ausgeführt wurde. Seit 2016 erhielten Frauen auch Einzug in erste Elite-Kampfbrigaden und 2020 trat die erste Frau den Luftstreitkräften bei. 2022 sollen mit 18.038 Frauen bereits rund 17,4 % des Personals weiblich gewesen sein, wobei ein großer Anteil auf zivile Angestellte (wie medizinisches Personal) zurückzuführen sei. Zudem wurde geschlechtsneutrale Gehalts- und Beförderungsregelung verabschiedet. Damit unterscheidet sich die rechtliche Gleichstellung von Frauen innerhalb der Streitkräfte stark von der generellen Gleichstellung innerhalb der Gesellschaft, welche weiterhin stark konservativ und von diskriminierenden Rechtslagen und -praktiken geprägt ist.

Auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung hat das jordanische Militär seit jeher einen maßgeblichen Einfluss. Sowohl der Gesundheitsbereich und die Bildung als auch die industrielle Entwicklung Jordaniens haben von Aktivitäten und Maßnahmen der Streitkräfte profitiert. Der medizinische Dienst der jordanischen Streitkräfte (Royal Medical Service - RMS) betreibt mehrere Krankenhäuser im Land, darunter auch ein Vorzeigekrankenhaus (King Hussein Medical Center) in der Hauptstadt Amman. In der Gesellschaft ist der RMS für seine Professionalität und hohen Standards bei der medizinischen Versorgung und Dienstleistungen gleichermaßen bekannt und geschätzt. Im Fokus der Arbeit steht seit Jahren die medizinische Versorgung von Frauen und Kindern, die mit der Eröffnung einiger speziell auf die Behandlung von Frauen und Kindern ausgerichteten Krankenhäuser eine nachhaltige Stärkung erfahren hat. Auch im Bereich der Bildung und Ausbildung von Krankenschwestern und Ärzt:innen übernimmt der RMS eine wichtige Rolle. Er betreibt eines der größten medizinischen Trainings- und Ausbildungsprogramme im Land. Das RMS Trainingsprogramm genießt internationale Anerkennung und übernimmt eine Vorreiterrolle innerhalb der medizinischen Ausbildung in der arabischen Welt.

Auch die Bildung innerhalb Jordaniens wird durch die Armee stark beeinflusst, da sie eine aktive Rolle bei der Reform des jordanischen Bildungssystems übernimmt. Mit der Reform (Education Strategic Plan von 2018) soll sichergestellt werden, dass dem Land kompetente, professionelle und gut ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Dazu soll das gesamte Bildungssystem und auch die Berufsbildung reformiert werden.

Unabhängig von diesen positiven Einflüssen und Entwicklungen gilt jedoch gleichzeitig, dass die jordanische Armee militärische Patronagenetzwerke gefördert und maßgeblich zur Konzeption einer nationalen Identität beigetragen hat. Das Militär verfügt über weitreichenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einfluss und gilt als äußerst loyal gegenüber dem haschemitischen Königshaus. Bei der Vergabe von Posten innerhalb des Militärs spielen Stammesstrukturen und Patronagenetzwerke eine entscheidende Rolle, damit Stämme gleichmäßig an der Macht beteiligt sind. Die Vergabe von Posten an Eliten innerhalb der Stämme ist für das Königshaus ein Instrument, um den Einfluss auf diese Gruppen zu sichern. Beduine Ideen und Identitätsvorstellungen sind innerhalb der Streitkräfte weitverbreitet, da Offizier:innen größtenteils aus traditionellen Stammesstrukturen rekrutiert werden. Dabei dienen diese Ideen und Identitätsvorstellungen auch der Marginalisierung der Palästinenser:innen, die nicht als „wahre“ Jordanier:innen angesehen werden. Für diese Position nutzt die Regierung häufig das Militär als Sprachrohr. Gleichzeitig ist das Militär eine zuverlässige Stütze in der gesellschaftlichen Struktur Jordaniens, die eine Bevorzugung der jordanischen Bevölkerung vor den Palästinenser:innen vorsieht.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	4,3	4,6	4,6	4,4	4,4

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Neben dem Militär verfügt das jordanische Königshaus noch über eine Reihe weiterer Sicherheitskräfte. Dem jordanischen Innenministerium untersteht die jordanische Polizei, die auch als Public Security Directorate (PSD) bekannt ist. Diese wurde im Dezember 2019 durch den König grundlegend umstrukturiert: Bisher agierten PSD, Gendarmerie und der Zivilschutz getrennt voneinander – nun werden sie unter dem Dach des PSD zusammengefasst und neu organisiert. Das PSD und der Nachrichtendienst teilen sich die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Innerhalb des PSD gibt es verschiedene Einheiten, darunter spezielle Polizeikräfte für Städte, die Verkehrspolizei (Highway Patrol Police), die Grenzpolizei und die „Desert Police“. Letztere wird auch „Royal Bedouin Police“ genannt und ist hauptsächlich für die Bekämpfung des Drogen- und Waffenschmuggels zuständig. Einheiten des Strafvollzugs (prison service) stellen ebenfalls einen Teil innerhalb des PSD. Die ehemalige Gendarmerie, die paramilitärisch organisiert ist, umfasst neben der Spezialeinheit noch Luftkräfte sowie den diplomatischen Sicherheitsdienst. Zu den Aufgaben gehören neben Spezialoperationen auch die Unterstützung im Katastrophenfall, bei der Aufstands- und Terrorismusbekämpfung und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, bei dem Schutz kritischer Infrastruktur (Banken, Kraftwerke, Raffinerien u.ä.) sowie dem Schutz ausländischer Botschaften. Zu den Aktivitäten des Dienstes gehört darüber hinaus ebenfalls die Terrorismusbekämpfung.

Jordanien ist das erste arabische Land, das Frauen für den Polizeidienst rekrutierte. Bereits im Jahr 1972 eröffnete das Land eine Polizeiakademie für Frauen. Im Februar 2021 wurde eine offizielle Gender Mainstreaming Strategie verabschiedet, die u.a. darauf abzielt, den Anteil von Frauen in leitenden und Führungspositionen zu erhöhen.

In einigen Fällen wurden Sicherheitskräften Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen (bspw. noch 2022 im Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums). Auch wenn die Regierung einige Schritte unternommen hat, um bei Amtsmissbrauch gegen Beamte:innen zu ermitteln und diese strafrechtlich zu verfolgen, bleibt Straflosigkeit weit verbreitet.

Der jordanische Nachrichtendienst (General Intelligence Directorate – GID) ist Teil der Streitkräfte und berichtet direkt dem König. Zu den Aufgaben zählen nach eigener Aussage die Verteidigung des Königshauses und des Landes, der Schutz der Freiheit und Demokratie sowie die Terrorismusbekämpfung und -abwehr. Einzelne Abteilungen innerhalb des Geheimdienstes beschäftigen sich mit Spionage und Gegenspionage, Überwachung der Telekommunikation sowie mit Informationsbeschaffungen zu allen Bedrohungen der nationalen Sicherheit. Der GID gilt als einer der besten Geheimdienste in der Region und ist ein wichtiger

Verbündeter der USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Unterstützungen der USA umfassen neben finanziellen Hilfen zur Terrorabwehr auch Gelder zur Verbesserung des Grenzschutzes und zur Bekämpfung der Geldwäsche. Amnesty International und Human Rights Watch kritisieren, dass der GID regelmäßig Journalist:innen einschüchtert und mit Verweis auf das im März 2020 erlassene [Defence Law No. 13](#) festnimmt.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Möglicherweise kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu un-friedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten (Mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Nicht beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Jordanien ist nur einigen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen beigetreten, hat jedoch bis heute auch einige wichtige Verträge nicht ratifiziert, wie etwa das Abkommen über Streumunition oder den Arms Trade Treaty. Ebenfalls nicht beigetreten ist Jordanien dem Atomwaffenverbotsvertrag möglicherweise auch, da Jordanien selbst ein Land ist, welches über ein eigenes Nuklearprogramm verfügt, wofür es Technologien aus den USA, dem Vereinigten Königreich und zum Teil auch aus Südkorea erhält. Ebenfalls nutzt Jordanien Kernenergie für zivile Zwecke. Jordanien ist Mitglied des Nichtverbreitungsvertrages für Nuklearwaffen und hat das Comprehensive Safeguard Agreement (CSA) sowie das zugehörige Protokoll unterzeichnet, das der Internationalen Atomenergiebehörde die Inspektion aller Nuklearanlagen gestattet. Am Beginn des Nuklearprogramms im Jahr 2007 bekräftigte König Abdullah II., dass sich das Programm im Rahmen internationaler Regeln bewegt und ein solches Vorhaben jederzeit von unabhängigen internationalen Behörden überprüft werden könne.

Seit den 1990er Jahren gibt es zahlreiche Initiativen zur Rüstungskontrolle im Nahen und Mittleren Osten. Jordanien ist bei Rüstungskontrollverhandlungen innerhalb des Nahen und Mittleren Ostens ein aktiver Akteur, wenn auch nur mit geringem Erfolg. Zwar gibt es durchaus Einigkeit zwischen den meisten Staaten der Region darüber, dass der Austausch von Informationen über Rüstungsbeschaffungsmaßnahmen eine wichtige vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme ist, Erfolge stellten sich jedoch bis heute nicht ein.

Gegen Jordanien sind derzeit weder Sanktionen der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023**

There were no significant changes in the human rights situation in the Hashemite Kingdom of Jordan during the year.

Siehe Report 2022:

The Hashemite Kingdom of Jordan is a constitutional monarchy ruled by King Abdullah II bin Hussein. The constitution grants the king ultimate executive and legislative authority. The multiparty parliament consists of a 130-member popularly elected House of Representatives (Majlis al-Nuwwab) and a Senate (Majlis al-Ayan) appointed by the king. Elections for the House of Representatives occur approximately every four years and last took place in November 2020. Local nongovernmental organizations reported some COVID-19-related disruptions during the election process but assessed voting was generally free and fair. The Public Security Directorate has responsibility for law enforcement and reports to the Ministry of Interior. The Public Security Directorate and the General Intelligence Directorate share responsibility for maintaining internal security. The General Intelligence Directorate reports directly to the king. The armed forces report administratively to the minister of defense and have a support role for internal security. There is no separate Ministry of Defense; the prime minister also serves as defense minister. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. There were credible reports that members of the security forces committed some abuses. Significant human rights issues included credible reports of: torture and other cruel, inhuman, and degrading treatment or punishment by government authorities; arbitrary arrest and detention; political prisoners or detainees; arbitrary or unlawful interference with privacy; serious restrictions on freedom of expression and media, including harassment and intimidation of journalists, unjustified arrests or prosecutions of journalists, censorship, and enforcement of and threat

to enforce criminal libel laws; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association, including overly restrictive laws on the organization, funding, or operation of nongovernmental organizations and civil society organizations; inability of citizens to elect their executive branch of government or upper house of parliament; lack of investigation of and accountability for gender-based violence, including but not limited to domestic or intimate partner violence, sexual violence, and other harmful practices; violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons; and significant restrictions on workers' freedom of association, including threats against labor activists. The government took some steps to investigate, prosecute, and punish officials who committed human rights abuses; however, government impunity for such abuses remained widespread. Information on the outcomes of these actions was not publicly available for all cases. The government took steps to identify, investigate, prosecute, and punish officials engaged in public corruption. Limited transparency during investigations and trials contributed to popular perceptions of impunity.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/jordan/>

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2025

Jordan escalated its crackdown on the rights to freedom of expression and peaceful assembly, detaining and prosecuting thousands of individuals for criticizing the authorities, expressing pro-Palestine sentiments or participating in peaceful protests. Hundreds were held in administrative detention without charge or access to due process guarantees. Political parties were dissolved. Women and girls continued to face discrimination in law and practice. Refugees and asylum seekers faced deteriorating conditions, including due to funding cuts. Jordan remained vulnerable to climate change, which threatened its water resources.

Quelle: Amnesty International Report 2025
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/8515/2025/en/>

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025

Bewertung für Jordanien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 22/60

Politische Rechte: 12/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (34/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 7**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025**

Jordan is a monarchy in which the king plays a dominant role in politics and governance. The parliament's lower house is elected, but the electoral system and limits on civil liberties put the opposition at a disadvantage; the chamber wields little power in practice. The media and civil society groups are hampered by restrictive laws and government pressure. The judicial system lacks independence and often fails to ensure due process.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/jordan/freedom-world/2025>

Kommentar

Die Menschenrechtslage in Jordanien ist im regionalen Vergleich weniger kritisch, auch wenn Defizite bei der Gleichberechtigung von Frauen, der Pressefreiheit und der Situation ausländischer Arbeitnehmer:innen unverkennbar sind. Jordanien hat die meisten wesentlichen internationalen Menschenrechtskonventionen unterzeichnet, aber zum Teil einschränkende Vorbehalte geltend gemacht (noch nicht ratifiziert sind die Convention for the Protection of All Persons from Enforced Disappearance CED sowie die International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families CMW). Einzig nicht beigetreten ist Jordanien dem Zusatzprotokoll zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau.

Insgesamt ist die Menschenrechtslage in Jordanien nach wie vor durch massive Eingriffe des Königshauses in die grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte gekennzeichnet. Zahlreiche Gesetzesänderungen haben die politischen Freiheiten und grundlegenden Rechte in den letzten Jahren deutlich eingeschränkt. Die Pressefreiheit wurde im Rahmen einer Anpassung und Umgestaltung des Strafgesetzbuches im Jahr 2001 besonders stark beschnitten. Mit einem restriktiven Pressegesetz hat das Königshaus die bis dahin und 1993 festgeschriebene Pressefreiheit weitestgehend ausgehebelt. Kritik an der Königsfamilie ist seitdem unter Strafe gestellt und hat zu Verhaftungen und Verurteilungen von Journalist:innen geführt. Insgesamt ist es um die Pressefreiheit schlecht bestellt. Im Index der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen liegt Jordanien im Jahr 2024 auf Platz 132 von insgesamt 180 berücksichtigten Staaten und verbessert sich damit zum Vorjahr um 14 Plätze. Ein Grund für die Verbesserung könnte die Beendigung des 2020 im Zuge der Covid-19 Pandemie verhängten Ausnahmezustandes sein, in dessen Folge entscheidende Grundrechte eingeschränkt wurden, neben der Pressefreiheit unter anderem auch die Meinungsfreiheit und das Versammlungsrecht.

Problematisch verbleiben allerdings die Einflussnahme des Königshauses auf Gerichtsverfahren, Folter und willkürliche Verhaftung, die Missachtung der Privatsphäre sowie die Unterdrückung von Frauen, religiöser Minderheiten und LGBTQIA+ Personen. Auch wenn durch Gesetzesänderungen Frauen vor Gewalt geschützt werden sollten, sind sie weiterhin Opfer von sogenannten „Ehrenmorden“. Außerdem können Urteile für Männer, die ihre Ehefrau oder andere weibliche Familienangehörige angreifen oder töten, gesetzlich milder ausfallen, wenn das Opfer vermeintlich Ehebruch begangen hat. Derartige Gesetze sorgen dafür, dass Frauen verstärkt Gewalt ausgesetzt sind. Diskriminierende Gesetze gegenüber Frauen beinhalten auch, dass Frauen in Jordanien die Erlaubnis eines männlichen Vormundes bedürfen, um erstmalig zu heiraten, wobei Ehen zwischen muslimischen Frauen und nicht-muslimischen Männern nicht anerkannt werden. Außerdem können Frauen im Gegensatz zu

Männern nicht mit ihren Kindern ins Ausland reisen, ohne die Erlaubnis des Kindsvaters, eines anderen männlichen Vormunds oder eines Richters eingeholt zu haben.

Besorgniserregend ist auch der willkürliche Entzug der jordanischen Staatsangehörigkeit palästinensisch-stämmiger Bürger:innen.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Jordan's international relations remain a key area of concern for policymakers and diplomats. In September 2022, the Jordanian parliament approved a draft law that replaced the 2014 Investment Law (No. 30). The new law aims to provide equal treatment to investors, whether domestic or foreign, and offers various guarantees and incentives based on the specific contribution an investment makes to Jordan's development, encompassing factors such as job creation and scientific expertise.

Russia's war in Ukraine has had a profound impact on Jordan, highlighting the need for the kingdom to swiftly enhance its food security. The rise in shipping costs, transportation insurance and global demand has had a cascading effect on wheat imports in Jordan. Considering this, Mahmoud Al-Oran, secretary-general of the Jordanian Farmers Union, has urged policymakers to attain wheat self-sufficiency at the rate of 50%, which would represent growth of over 45% from the present level.

Bisher al-Khasawneh, who was appointed prime minister after the 2020 elections, has remained in office, and his cabinet has been stable. Some of the defense laws associated with the kingdom's response to COVID-19 are still in effect, with the king promising in late 2022 to remove them in the coming months. However, transitioning away from a pandemic framework has unfortunately resulted in a continuation of previous negative state-society relations. There has been an increase in harassment and arbitrary arrests, which has contributed to the shrinking of the civic space. In a 2022 interview, the Middle East director of Human Rights Watch (HRW) stated, "There is an urgent need to address the downward spiral on rights we are seeing in Jordan today." This is particularly evident in the treatment of the striking Ma'an truck drivers, whose leaders were detained and lay strikers harassed in late 2022.

Hashemite family politics were on rare display in 2021/2022, with claims of a coup attempt led by Prince Hamzah bin al-Hussein, the half-brother of King Abdullah II, splashed across domestic and international media outlets. A news gag was quickly implemented. At the time (April 2021), Prince Hamzah was placed under house arrest. He denied all allegations of involvement. After intra-familial mediation, Hamzah pledged allegiance to Abdullah, and the matter appeared resolved. However, in April 2022, the issue resurfaced after Hamzah announced that he was relinquishing his princely title because he could not reconcile himself with the "current approaches, policies, and methods of our institutions." It remains to be seen whether this acts as a catalyst for future palace intrigue.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/JOR>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2024)

Im Jahresbericht 2024 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Jordanien 49 von 100 möglichen Punkten (2023: 46 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Griechenland, Namibia oder die Slowakei. Deutschland erzielte 75 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2024>

Spannungen und innere Konflikte

Auch Jordanien haben die Umbrüche in der arabischen Welt erreicht, die im Februar 2011 in Tunesien ausbrachen. Im Rahmen des „arabischen Frühlings“ entstanden auch in Jordanien neue Konflikte zwischen verschiedenen Oppositionsgruppen und der Regierung. Von Seiten der Oppositionsgruppen, die Akteure wie die „Islamic Action Front“ (IAF), Salafistengruppen, arbeitslose Jugendliche und Gewerkschaften umfassen, wurden Forderungen nach politischen und wirtschaftlichen Reformen laut sowie der Aufruf, die Korruption zu beenden. Neben den Demonstrationen in anderen Ländern der Region, waren hohe Preise, ausufernde Armut und die rasant zunehmende Arbeitslosigkeit Auslöser der gesellschaftlichen Proteste in Jordanien. Die zahlreichen Demonstrationen veranlassten das Königshaus, die Regierung abzusetzen und den Forderungen nach Reformen zumindest in Teilen nachzukommen. Gleichzeitig sah sich das Königshaus jedoch auch dazu veranlasst, die Versammlungsrechte einzuschränken: Spontane Proteste und Menschenansammlungen auf den Straßen ließ der König immer wieder gewalttätig auflösen, wobei es auf beiden Seiten zu zahlreichen Verletzten kam. Im Zuge der Proteste wurden immer wieder gewaltsame Übergriffe durch die staatlichen Sicherheitsakteure registriert.

Die internen Spannungen werden durch die syrischen Flüchtlingsströme, die Jordanien seit dem Frühjahr 2011 erreichen und zunehmenden Einfluss innerhalb der jordanischen Gesellschaft entfalten, weiter angeheizt. Nur einer von fünf syrischen Flüchtlingen kommt in den offiziellen Flüchtlingscamps unter, während weitere hunderttausende Geflüchtete außerhalb der Camps wohnen. Schlechte Wohnbedingungen, steigende Mieten und der Zugang zu Bildung stellen enorme Probleme für die Geflüchteten dar, die zunehmend die gesamte jordanische Gesellschaft beschäftigen, stellen syrische Geflüchtete doch bereits knapp 10 Prozent der gesamten Bevölkerung in dem Land. Der jordanische Staat ist indes gefordert, den Zugang zu kostenloser medizinischer Versorgung und dem Bildungssystem zu gewähren. Beide Bereiche sind inzwischen überlastet. In Jordanien waren laut [UNHCR](#) Ende September 2023 rund 653.000 syrische Geflüchtete registriert – hinzu kommt eine hohe Zahl an nicht-registrierten Geflüchteten. Die Situation für syrische wie nicht-syrische [Geflüchtete in Jordanien](#) ist verheerend.

Zwischen dem jordanischen Königshaus und der palästinensischen Bevölkerung herrscht seit Jahrzehnten ein angespanntes Verhältnis, das sich in jüngster Zeit weiter verschlechtert hat. Innerhalb der palästinensischen Bevölkerungsgruppe hat sich ein erheblicher Hass auf die haschemitische Königsfamilie entwickelt, die eher als Besatzer denn als legitime Herrscher der „East Bank“ (Transjordan) angesehen werden. Auf der einen Seite verfügen sie kaum über ausreichende politische Repräsentation, haben keinen Zugang zu politischer Macht und besitzen keine weiterführende Bildung. Auf der anderen Seite besteht zwischen dem Königshaus und den Palästinenser:innen eine gewisse Abhängigkeit angesichts der

umfassenden wirtschaftlichen Aktivitäten und den daraus resultierenden Steuern. Da die palästinensische Bevölkerung so gut wie keine staatlichen Hilfsleistungen bezieht und sie keine politischen Posten bekleiden oder in der Verwaltung vertreten sind, hat König Abdullah II. kein Interesse daran, sie des Landes zu verweisen. Gleichwohl ist die Diskriminierung und Marginalisierung der palästinensischen Bevölkerung ein ernstzunehmender Konfliktfaktor, auch wenn sich Jordanien laut [Washingtoninstitute \(2018\)](#) in der Palästina Frage für eine zwei Staaten Lösung zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten einsetzt, dies liegt daran, dass ein Großteil der jordanischen Bevölkerung selbst palästinensischer Abstammung ist, inklusive der Königin Rania. Dem entsprechend entsetzt zeigten sich die pro-palästinensischen Kräfte im Land darüber, dass Jordanien sich aktiv bei der Abwehr des iranischen Drohnen- und Raketenangriffs gegen Israel im April 2024 beteiligte und dabei selber Raketen und Drohen abschoss, welche über den jordanischen Luftraum flogen.

Beduinenstämme verfügen in Jordanien über weitreichende und umfassende Privilegien. Dennoch beanspruchen sie immer wieder noch größere Sonderrechte und Begünstigungen für sich und schrecken auch vor einer Konfrontation mit dem König nicht zurück. Während das haschemitische Königshaus lange auf die Loyalität der Beduinenstämme zählen konnte, scheint diese zu bröckeln, seitdem das Königshaus versucht, die ökonomische Unterstützung zu reduzieren. Ab 2009 waren zusätzlich bewaffnete Konflikte zwischen verschiedenen Stämmen zu beobachten, die seit 2011 noch einmal deutlich zugenommen haben.

Mitglieder der Armee und den staatlichen Sicherheitskräften, wie etwa dem Geheimdienst, rekrutieren sich häufig aus Angehörigen der verschiedenen Stämme, was ein drastisches Einschreiten des Königs unwahrscheinlich macht, da er auf die Loyalität der verschiedenen Sicherheitsakteure angewiesen ist. Angesichts der umfassenden Forderungen der Beduinenstämme nach einer konstitutionellen Monarchie und einem erheblichen Zuwachs an politischer Macht, bleibt es offen, wie das Königshaus auf diesen Machtkampf reagieren wird. Straßenblockaden, bewaffnete Raubüberfälle und Angriffe auf Polizeistationen sind erste Zeugnisse einer deutlich aggressiveren Gangart der Stammesführer:innen. Gegenwärtig ist jedoch aufgrund der großen Loyalität gegenüber dem Königshaus und unterschiedlichen Interessen der einzelnen Gruppen innerhalb der Gesellschaft nicht mit ähnlichen Umstürzen wie in anderen Ländern der Region zu rechnen. Kritik wird meistens auf die Regierung abgewälzt, so dass es dem König leicht fällt, etwaigen Protesten durch das Absetzen von Minister:innen den Nährboden zu entziehen. Dennoch bleibt abzuwarten, ob die vom König Abdullah II. versprochene Demokratisierung wirklich vorangetrieben wird und ob es ihm gelingt, die drängenden wirtschaftlichen Probleme wie hohe Lebensmittel- und Energiepreise sowie die steigende Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Jordanien verfügt über eine Fläche von 89.342 Quadratkilometer und liegt inmitten des Nahen und Mittleren Ostens. Mit Ausnahme eines 26 Kilometer langen Küstenstreifens, der dem Land Zugang zum Roten Meer sichert, ist Jordanien von anderen Staaten umschlossen. Im Norden bzw. Nordwesten grenzt das Land an Syrien und den Irak, im Osten teilt sich Jordanien eine 728 Kilometer lange Grenze mit Saudi-Arabien. Im Westen liegen in unmittelbarer Nachbarschaft Israel sowie das Westjordanland.

Politische Situation in der Region

Die politische Lage in der Region ist äußerst angespannt. Die ohnehin seit Jahrzehnten prekäre Situation hat sich durch die Umbrüche in den nordafrikanischen Staaten und Protesten in Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie dem Bürgerkrieg in Syrien weiter verschärft. Seit Anfang 2011 sind die Staatsschefs Tunesiens, Ägyptens und Libyens entweder ins Exil vertrieben, inhaftiert oder durch gewaltsame Übergriffe getötet worden. Auch im Jemen wurde das Staatsoberhaupt gezwungen, die Macht abzugeben, während Syriens Präsident al-Assad versucht, durch einen blutigen Krieg weiterhin an der Macht zu bleiben. Doch auch Präsident al-Assad wurde im Dezember 2024 durch dschihadistische Rebellen gestürzt. In der gesamten Region sind Forderungen nach mehr Demokratie laut geworden, die viele Machthaber:innen, wie etwa in Marokko, Kuwait und Jordanien, zu Zugeständnissen gezwungen haben. Weiterhin turbulent und besonders angespannt bleibt die Lage in Libyen, dem Jemen sowie dem Irak.

Die Auswirkungen des Bürgerkrieges in Syrien haben Konsequenzen für die gesamte Region. Was als Studierendenprotest im März 2011 in der Stadt Daraa begann, ist inzwischen zu einem Bürgerkrieg avanciert, dessen Auswirkungen weit über die Grenzen des Landes zu spüren sind. Auf der einen Seite kämpft die regierenden Baath Partei unter der Führung von Staatspräsident al-Assad, auf der anderen Seite hat sich eine bewaffnete Opposition formiert, die sich hauptsächlich aus Freiwilligen und desertierten Soldat:innen zusammensetzt und inzwischen von Anhänger:innen der Opposition aus der Türkei befehligt wird. Zwar wird der Konflikt als „non-international armed conflict“ deklariert, beide Seiten werden jedoch von anderen Staaten oder Gruppen aus der Region unterstützt. Die Opposition fordert den sofortigen Rücktritt des Präsidenten al-Assad, während das Regime weiterhin die Opposition als bewaffnete Terrorist:innen bezeichnete, die keinerlei Legitimität besitzen. Inzwischen sind rund 5,2 Millionen Menschen zu Geflüchteten geworden. Hunderttausende Flüchtlinge werden gegenwärtig in Jordanien versorgt, dessen Wirtschaft durch den Krieg schwer geschädigt wurde. Jordanien ist vom Krieg in Syrien auch politisch schwer getroffen, nicht zuletzt, weil Assad den sunnitischen Machthaber:innen in Jordanien eine Mitschuld am Ausbruch des Bürgerkrieges gibt. Laut [UNHCR](#) sind seit Beginn des Krieges schätzungsweise 730.000 Syrer:innen nach Jordanien geflohen und registriert worden, möglicherweise befinden sich jedoch durch mögliche Dunkelziffern weitaus mehr syrische Geflüchtete in Jordanien. Die Mehrheit der Geflüchteten lebt außerhalb der Flüchtlingscamps in den jordanischen Städten, wo sie mit steigenden Mieten, schlechten Wohnzuständen sowie mangelndem Bildungszugang konfrontiert werden. Die Situation belastet die jordanische Gesellschaft zunehmend. An der jordanisch-syrischen Grenze kommt es immer wieder zu Zwischenfällen, bei denen bereits jordanische Soldat:innen getötet wurden.

Höchst relevant für die Stabilität und Sicherheit Jordaniens ist auch der israelisch-palästinensische Konflikt. Der damalige König Hussein von Jordanien (1952 bis 1999) hat bereits 1994 mit dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin einen Friedensvertrag unterzeichnet. Seither pflegen beide Staaten gute Kontakte. Der amtierende König, Abdullah II., kündigte im Jahr 2018 jedoch überraschend Teile des Abkommens auf. Die Hauptstadt Jordaniens, Amman, nimmt auch aufgrund seiner geographischen Lage eine historisch bedeutende Rolle in dem Konflikt ein. Jordanien hat ein vitales Interesse an einer friedlichen Lösung des Nahostkonfliktes und einem ruhigen und sicheren Westjordanland. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund einer realistischen Lagebewertung: Die jordanische Regierung und das Königshaus sind sich bewusst, dass die Bevölkerung

im Westjordanland ökonomisch von Jordanien abhängig ist. Die sozialen und familiären Kontakte und Bindungen sind nicht zu durchbrechen, sodass Jordanien davon ausgeht, einen möglichen Palästinenserstaat, dessen Gründung von Jordanien stets unterstützt wird, ökonomisch und sozial zu fördern. Dies verdeutlicht, dass der Konflikt auch die strategischen Sicherheitsinteressen Jordaniens in der Region maßgeblich beeinflusst. Eine erfolgreiche Lösung ist eng mit der Glaubwürdigkeit der Politik des Regimes verbunden, das sich als moderater arabischer Staat stets um eine friedliche Beilegung bemüht hat. Neben anderen Streitpunkten bleibt bis heute der israelische Siedlungsbau im Westjordanland das größte Hindernis für weitere Friedensverhandlungen. Nach dem Angriff der terroristischen Hamas auf Israel im Oktober 2023 und mit der Gegenreaktion Israels im Gazastreifen hat sich der Konflikt jüngst drastisch verschärft. Im Gazastreifen ist eine humanitäre Ausnahmesituation entstanden. Der Konflikt stellt eine große Herausforderung für die gesamte Region dar. Die zwiespaltene Rolle Jordaniens in diesem Konflikt wird in diesem aktuellen Aufflammen des Israel-Palästinakonfliktes sehr deutlich. Einerseits sind Israel und Jordanien regionale Partner und haben ihre Konflikte weitestgehend beigelegt, doch ist Jordanien gesellschaftlich und wirtschaftlich mit den Palästinenser:innen verbunden. Aus diesem Grund führte die Beteiligung Jordaniens bei der Verteidigung Israels gegen den iranischen Raketen- und Drohnenangriff zu Unstimmigkeiten innerhalb des Landes und den Palästinenser:innen. Jordanien schoss aktiv Drohnen und Raketen ab, die durch den Iran in Richtung Israel geschossen wurden und den Jordanien durchquerten.

Jordanien ist Mitglied der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition, die seit März 2015 gegen die von Iran unterstützten Huthi-Rebell:innen im Jemen kämpft. Jordanien hat sich auch mit Kampfflugzeugen an den Luftschlägen der Militärkoalition beteiligt. Immer wieder wird auch die Zivilbevölkerung im Jemen dabei zum Ziel von Luftangriffen. Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte gab es zwischen März 2015 und September 2019 mehr als 7.500 Todesopfer unter der Zivilbevölkerung, darunter allein knapp 2.000 Kinder. Die Dunkelziffer könnte wesentlich höher liegen. So wurden laut einem Bericht der UN-Nothilfebehörde OCHA, der bereits im Januar 2017 veröffentlicht wurde, über 10.000 Zivilist:innen getötet. Human Rights Watch spricht von regelmäßigen Bombardements auf Schulen, Märkte und Krankenhäuser. Nach Angaben des [Armed Conflict Location & Event Data Project](#) (ACLED), kamen bis Mitte 2022 mehr als 150.000 Menschen bei den Kämpfen im Jemen ums Leben. Im Oktober 2022 wurde von der UN eine Waffenruhe zwischen den Konfliktparteien verhandelt, die für sechs Monate angesetzt war. Seither gab es keine großen eskalativen Aktionen und der Grad an ausgetauschten Feindseligkeiten bleibt relativ niedrig. Friedensgespräche zwischen der saudischen Seite und den Huthi im April 2023, unter Vermittlung durch Oman, wurden im April 2023 fortgesetzt.

Noch höher ist die Anzahl der Toten im Jemen, wenn man zusätzlich zu den durch Waffengewalt getöteten Kämpfer:innen und Zivilist:innen noch die Opfer in Folge von Krankheiten und Mangelernährung hinzuzählt. Zusätzlich unterbindet nämlich die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition durch eine Seeblockade die Versorgung der jemenitischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. Die humanitäre Lage im Jemen ist katastrophal und humanitäre Hilfe wird durch die Blockade stark erschwert. Nach Angaben der Vereinten Nationen und der Weltgesundheitsorganisation haben etwa 75 Prozent der Bevölkerung im Jemen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Hunger und Cholera breiten sich aus. Nach Schätzungen der Hilfsorganisation Save the Children vom November 2018 sind im Jemen seit 2015 schon rund 85.000 Kinder unter fünf Jahren an den Folgen extremen Hungers

gestorben. Trotz eines Waffenstillstandes zwischen dem 2. April und dem 2. Oktober 2022 wurden noch 330 Kinder alleine in dem Jahr 2022 verletzt oder getötet.

Grenzkonflikte

Im Allgemeinen besteht zwischen Syrien und Jordanien kein Grenzkonflikt. Seit dem Konflikt in Syrien strömen jedoch tausende von Geflüchteten über die syrisch-jordanische Grenze und es kommt immer wieder zu bewaffneten Zwischenfällen in dem Gebiet. In Jordanien herrscht die Sorge, das Land könne in den Konflikt in Syrien hineingezogen werden. Zur Gewährleistung der Sicherheit hat das Regime die Grenzsicherung verschärft. Seit dem [Sturz des Assad-Regimes in Syrien](#) gibt es Berichte, dass einst aus Syrien geflüchtete nun in ihr Heimatland zurückkehren bzw. Rückführungen angestrebt werden können, jetzt da die Repressionen des einstigen Regimes nicht mehr existieren. Es bleibt abzuwarten, wie sich eine möglicher Rückstrom von Syrer:innen zurück nach Syrien auf die Verstärkter Grenzsicherung zum Nachbarland auswirkt.

Zwischen Jordanien und Israel wurde der Grenzverlauf in dem 1994 unterzeichneten Friedensvertrag festgelegt. Die Aufkündigung von Teilen des Vertrags im Jahr 2018 mit Wirkung seit November 2019 durch den amtierenden jordanischen König betrifft vereinbarte Pachtverträge über zwei von Israel genutzte Enklaven.

Auch zwischen den anderen Staaten und Jordanien herrschen keine Grenzkonflikte.

Regionale Rüstungskontrolle

In den vergangenen Jahrzehnten gab es zahlreiche Versuche, regionale Rüstungskontrollmechanismen im Nahen und Mittleren Osten zu etablieren. Sie sind jedoch immer wieder an den zahlreichen Konflikten in der Region, zuvorderst dem arabisch-israelischen Konflikt, gescheitert. Die Abwesenheit von Frieden in der Region ist für viele Staaten eines der wesentlichen Hindernisse, in Beratungen über regionale Rüstungskontrollen und Verhandlungen über eine Massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten einzusteigen. Die Etablierung einer solchen Zone wird seit Jahrzehnten, besonders von den USA, gefördert. Bis heute konnten sich die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens jedoch nicht auf regionale Rüstungskontrollabkommen zur Regulierung von Massenvernichtungswaffen und konventionellen Waffen einigen. Der jüngste Versuch ein solches Abkommen zu etablieren war die „Nuclear-Weapon-zone middle east“ ([IAEA 2021](#)).

Die im September 2020 getroffenen Vereinbarungen im Rahmen des sogenannten Abraham-Abkommens (die Vereinigten Arabischen Emirate und Israel betreffend) können zwar als großer Fortschritt im Rahmen des Nah-Ost-Konflikts betrachtet werden, die Hoffnung auf daraus resultierende weitere Annäherungen sind bisher aber hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Jordanien sind vier französische Rafale F3, eine deutsche A400M, 18 US-amerikanische F-15E Strike Eagle, 12 F-16 Fighting Falcon, 2 Boden-Luft Systeme Typ Patriot M903/903 sowie 12 MQ-9A Reaper Drohnen. Im Rahmen der Operation Inherent Resolve stationiert.

Darüber beteiligt sich Militärpersonal aus Deutschland (150 Soldat:innen), Frankreich (300 Soldat:innen) und den USA (3.000 Soldat:innen) an der Mission.

Auch in angrenzenden Ländern sind Streitkräfte alliierter Länder aktiv, wie etwa im Rahmen der UN-Missionen UNDOF und UNTSO. Im Irak sind zudem Streitkräfte im Rahmen der Operation Inherent Resolve und der NATO Mission Iraq stationiert.

Quelle: IISS Military Balance 2023

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Jordanien ist wichtigen internationalen Abkommen zur Terrorismusbekämpfung beigetreten. Einzig der Internationalen Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001 ist das Land nicht beigetreten. Generell bleibt die Gefahr des Terrorismus in Jordanien eine ernstzunehmende Bedrohung. Sowohl regionale als auch transnationale sowie teilweise auch lokale Terrorgruppen haben vereinzelt Angriffe durchgeführt und stets ihre Bereitschaft signalisiert, auch weitere Angriffe in Jordanien durchzuführen. Die jordanische Regierung ist darüber hinaus über Aktivitäten der Hamas, Hisbollah und al-Qaidas besorgt. Angriffe aus dem Jahr 2005, als al-Qaida die Verantwortung für die Bombenanschläge auf drei Hotels mit insgesamt 60 Toten übernommen hat und mit einem Raketenangriff auf das jordanische Militär mindestens eine:inen Soldat:in tötete, verdeutlichen die Aktivitäten der Terrororganisation in Jordanien. Als Reaktion auf den Angriff verschärfte die jordanische Regierung die Gesetzgebung und schaffte den staatlichen Sicherheitsbehörden mit dem „Prevention of Terrorism Act“ vom November 2006 umfassende Rechte zur

Terrorbekämpfung. Das Gesetz ermöglicht einen weitreichenden Eingriff in grundlegende Menschen- und Bürgerrechte und steht somit im Konflikt mit der UN Resolution 1566 (2004), die den Schutz der Menschenrechte beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus vorsieht. Allerdings scheint die neue Gesetzgebung erfolgreich sein, da nach Angaben des [US-Department of State](#) in den letzten beiden Jahren keine Berichte über terroristische Aktivitäten in Jordanien berichtet werden. Jordanien beteiligte sich am Kampf gegen den Islamischen Staat und war seit September 2014 Mitglied der US-geführten Militärkoalition gegen den IS. Damit wurde das Land zu einem potenziellen Ziel für Anschläge.

Im Kampf gegen den transnationalen islamistischen Terrorismus hat sich Jordanien zu internationaler Zusammenarbeit und dem Austausch von Informationen verpflichtet und ist darüber hinaus ein wichtiger Verbündeter der USA. Auch mit der EU pflegt das Land eine intensive Kooperation bei der Terrorabwehr und ist Teil der Ertüchtigungsinitiative. Jordanien hat lediglich humanitäre Unterstützung in Afghanistan öffentlich eingestanden. Spätestens seit dem Tod eines Mitarbeiters des jordanischen Geheimdienstes und eines Mitgliedes der Königsfamilie bei einem Bombenanschlag auf eine Basis der CIA in Afghanistan, wird die Rolle des Landes im Kampf gegen al-Qaida und die Taliban deutlich. Zwischen den US-amerikanischen Geheimdiensten und dem jordanischen GID besteht eine enge Kooperation. Diese umfasst nicht nur Training und Ausbildung von Sicherheitspersonal, Ausstattungshilfe und der allgemeinen finanziellen Unterstützung Jordaniens, sondern auch den Austausch von Informationen und die gemeinsame Durchführung von Operationen.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Jordanien ist der Konvention gegen Transnationale organisierte Kriminalität von 2003, sowie dem dazugehörigen ersten Zusatzprotokoll zur Unterdrückung von Menschenhandel beigetreten. Die schwere organisierte Kriminalität, die von großen Banden und Familienclds durchgeführt wird, stellt in Jordanien bislang allenfalls ein begrenztes Problem dar. Dennoch hat das Land mit Kriminalitätsproblemen wie etwa dem Drogenhandel zu kämpfen. Zwischen großen drogenproduzierenden Staaten gelegen, ist Jordanien zu einem wichtigen Umschlagplatz und Transitland für den Drogenhandel geworden, auch wenn der Absatz im Land selber aufgrund des Preises und der geringen Nachfrage nur gering ist, hat sich insbesondere

an den Grenzen zu Syrien und dem Irak der Drogenhandel in den letzten Jahren verschärft. Im Jahr 2011 beobachteten Regierungsvertreter:innen eine erhebliche Zunahme des Drogenhandels. Insgesamt wurden mehr als 500 Tonnen Marihuana, Kokain und Heroin beschlagnahmt. Im Zuge dessen ist auch eine Zunahme der Banden auszumachen, die in den Drogenhandel involviert sind und sich gleichzeitig auch verstärkt im illegalen Waffenhandel betätigen, wodurch die Bedrohung durch die organisierte Gewalt zunimmt.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Bis 2007 machte Jordanien relativ regelmäßig Angaben an das UN-Waffenregister. Seitdem hat das Land jedoch keine Informationen mehr zu Rüstungsimporten und -exporten an das UN-Waffenregister mehr übermittelt. Die Motive für die Zurückhaltung der Informationen bleiben unklar. Auch über Militärausgaben berichtet das Land seit 2006 nicht mehr an die Vereinten Nationen.

Da das Land kein Mitglied des Arms Trade Treaty ist, übermittelt es auch hier keine Angaben an die UN. An das Programme of Action on small arms and light weapons berichtete Jordanien nur drei Mal, zuletzt im Jahr 2010.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Im Bereich der Exportkontrolle hat Jordanien in den vergangenen Jahren weitreichende Fortschritte erzielt. Im Jahr 2006 wurde auf Initiative des jordanischen Ministerpräsidenten ein Sonderausschuss unter Federführung des Ministeriums für Industrie und Handel eingerichtet, der den Bereich der Exportkontrolle verwalten soll. Im Zuge dessen wurden Prozesse, Bestimmungen und Güterlisten des EU-Exportkontrollregimes übernommen. Das Ministerium für Industrie und Handel ist die oberste Lizenzbehörde des Landes und koordiniert alle staatlichen Akteure, die im Bereich der Exportkontrolle tätig sind. Die Lizenzvergabe richtet sich nach Kriterien, die in Teilen den Gemeinsamen Kriterien für Rüstungsexporte der EU entnommen sind. Durch ein System der strategischen Exportkontrolle soll der illegale Handel unterbunden werden. Dazu führen staatliche Sicherheitsakteure Frachtprüfungen an Häfen und Flughäfen durch und kontrollieren Unternehmen. Mit Hilfe des „Export Control and

Related Border Security Assistance (EXBS)“ Programm unterstützt die USA Maßnahmen zur Verbesserung des Grenzschutzes und der Exportkontrolle. Dies umfasst sowohl technische Verbesserungen und Training zur Verhinderung des Transports von gefährlichen Materialien als auch die Unterstützung zur Reform der nationalen Gesetzgebung.

Dennoch treten immer wieder Fälle von illegalem Waffenschmuggel auf. 2011 gab Jordanien offiziell zu, Waffen nach Syrien zu schmuggeln. Der jordanische Minister für Medien und Kommunikation al-Mahali erklärte dazu, man wolle versuchen, den Schmuggel aus der Grenzstadt al-Ramtha nach Syrien stärker zu bekämpfen. Doch im Jahr 2013 registrierten Sicherheitsbehörden rund 300 Prozent mehr Waffen an der syrisch-jordanischen Grenze als noch 2012 und immer wieder werden Fälle bekannt, in denen Waffen nach oder aus Syrien geschmuggelt werden. Regelmäßig kommt es zu Festnahmen und Beschlagnahmungen von illegalen Waffenlieferungen im Grenzgebiet. Zur Unterbindung illegalen Waffenschmuggels flog die jordanische Luftwaffe Anfang 2024, laut [DW](#), Angriffe auf Ziele in Syrien, die im Zusammenhang mit Drogen- und Waffenschmuggel stehen.

Im März 2012 wurden in einer Schiffsladung 14.281 Waffen bzw. Teile von Waffenzubehör entdeckt. Dies gilt als der bis dahin umfassendste Waffenschmuggel im Nahen und Mittleren Osten. Im Dezember 2014 wurde zudem ein Fall bekannt, in dem 31 Mitglieder der jordanischen Muslimbruderschaft wegen Verdacht auf Waffenschmuggel verhaftet wurden. Sie sollen Waffen in die palästinensischen Autonomiegebiete geliefert haben. Israel hatte diese Information über eine geheime militante Zelle der islamischen Organisation an Jordanien geliefert. Zudem gab es weitere Fälle, in denen Klein- und Leichtwaffen aus Jordanien, Ägypten und Israel in den Gazastreifen und ins Westjordanland geschmuggelt wurden. Laut behördlichen Angaben wurden so in den vergangenen Jahren mehrere Tausend Waffen, unter anderem über den Jordan Fluss, das Tote Meer oder durch Tunnel unter der Sinai-Wüste nach Palästina gebracht.

Das [Jerusalem Centr for Security and Foreign Affairs \(JCFA\)](#) (2023) berichtet, dass im Jahr 2023 ein Fall bekannt wurde, bei dem ein Mitglied des jordanischen Parlaments an einem Grenzübergang zu den palästinensischen Autonomiegebieten verhaftet wurde, nachdem dieser dort versucht hatte 200 Waffen in die Westbank zu schmuggeln, von wo diese möglicherweise nach Israel weitergeschickt werden sollten. Nach einem Verhör kam heraus, dass der Abgeordnete in insgesamt 12 Schmuggelversuche verstrickt war. Insgesamt wurden zwischen 2020 und 2021 wohl insgesamt 1.600 Waffen auf diese Weise geschmuggelt.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

On the economic front, GDP grew by 2.2% in 2021 and an additional 2% in 2022. This growth has been driven by expansions in the service and industrial sectors, as well as tourism's unexpectedly strong recovery. Despite these positive macroeconomic indicators, job creation has not been widespread, which has been an ongoing challenge to Jordan's economic policymaking. By the end of 2022, the official unemployment rate was over 22%, with informal employment nearly double that figure..

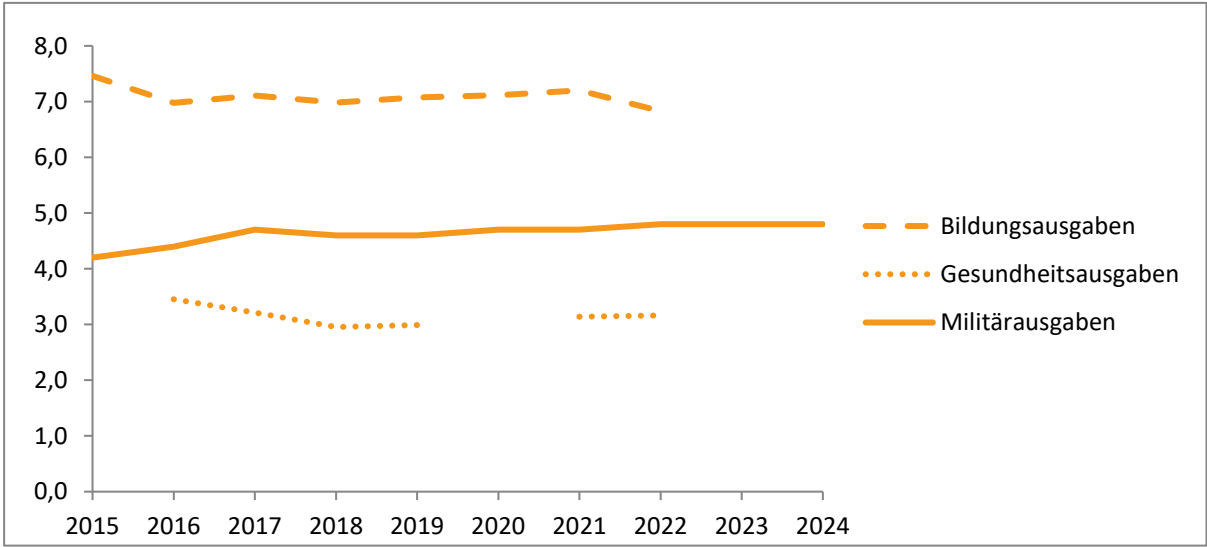
Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/JOR>

Tabelle 16
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2217	2316	2383	2450	2507
Militärausgaben/BIP	4,7	4,7	4,8	4,8	4,8
Gesundheitsausgaben/BIP	7,1	7,2	6,8	-	-
Bildungsausgaben/BIP	-	3,1	3,2	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5
Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17
Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	33494	38038	41757	41228	44630
Anteil am BIP (in Prozent)	75,3	87	90,2	84,5	87,4

	2019	2020	2021	2022	2023
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	2301,41	2295,05	2223,11	1076,23	-
Net ODA (% of GNI)*	4,74	4,96	4,87	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	531,14	396,99	408,78	271,93	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	202,8	203,2	203,1	200,9	201,4
Index-Platzierung	11	10	11	12	15

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2019	2020	2021	2022	2023
Israel	Militarisierungswert	270	268	263,3	257,1	262,3
	Index-Platzierung	1	1	1	2	2
Irak	Militarisierungswert	162,1	154,7	151,7	140	148,6
	Index-Platzierung	21	25	28	32	30
Saudi-Arabien	Militarisierungswert	211,7	216,4	210,8	204,3	209,8
	Index-Platzierung	6	6	8	11	9
Syrien	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024. <https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2020	2021	2022	2023	2024
Israel	Militärausgaben (absolut)	22473	23163	22207	27499	45267
	Militärausgaben/BIP	5,3	4,9	4,4	5,4	8,8
Irak	Militärausgaben (absolut)	5773	5559	5249	5519	5759
	Militärausgaben/BIP	3,1	2,3	1,6	2,3	2,4
Saudi-Arabien	Militärausgaben (absolut)	69769	66265	72570	77765	78954
	Militärausgaben/BIP	8,8	7,2	6,4	7,3	7,3
Syrien	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,750	0,743	0,736	0,751	0,754

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar**Zusammenfassung:**

Das Land bezieht in geringem Umfang Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit (ODA), gehört jedoch zu den 15 größten Schuldnern beim Internationalen Währungsfonds. Die Auslandsverschuldung als Teil des Nationaleinkommens ist in Jordanien ebenfalls sehr hoch mit fast 85 %. Die Prognosen sind derzeit durch die negativen Auswirkungen des Ukraine Krieges auf den Tourismus-Sektor des Landes getrübt. Jordanien gehört nach den Kategorien des World Development Index zu den Ländern mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“ und lag mit einem HDI-Wert von 0,736 zuletzt auf Platz 99 (von 193; Stand 2022) weltweit. In Bezug auf die Sustainable Development Goals (SDG) machte Jordanien in den letzten vier Jahren kaum Fortschritte, im letzten Jahr sogar Rückschritte (Rang 85 von 167). Lediglich 40 % der gesetzten Ziele wurden bisher erreicht; bei 30 % sind Fortschritte zu

verzeichnen. Mit knapp 5 % des BIP sind die Militärausgaben Jordanien aktuell sehr hoch. Im Gegenzug dazu sind die Bildungsausgaben mit 3,2 % des BIP recht niedrig; insbesondere, da das Bildungssystem vor großen Herausforderungen steht. Aktuelle Gesundheitsausgaben liegen nicht vor. Rüstungsexporte erscheinen vor diesem Hintergrund als „möglicherweise kritisch“ und angesichts der bereits sehr hohen Militarisierung des Landes (aktuell Rank 15 des GMI-Rankings) nicht ratsam.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 4.460 US-Dollar (Atlas Methode) gehört Jordanien zu den sog. lower-middle-income-economies. Das Land bezieht in geringem Umfang (4,1 % des Nationaleinkommens) Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit (ODA; Stand: 2022) und gehört mit 1,447,861,251 SDR zu den 15 größten Schuldnern beim Internationalen Währungsfonds. Die Auslandsverschuldung als Teil des Nationaleinkommens ist in Jordanien mit 84,7 % (Stand 2022) recht hoch. Dennoch weist das Land ein stabiles Wirtschaftswachstum (2,7 % in 2024) auf. Dieses beruht wesentlich auf Dienstleistungen im Bereich des Tourismus (27,4 % des BIP), des Transports (7,23 %) und der Produktion von Kali- Düngemitteln.

Einnahmen aus Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei machten zwischen 2021 und 2023 nur 4,8 % des BIP aus (Stand: 2024); Einnahmen aus dem Export von Erdöl verzeichnet Jordanien die letzten zehn Jahre nicht. Im letzten Ranking des [Global Competitiveness Index](#) lag Jordanien mit 60 Punkten auf einem mittleren Platz (70). Die Prognosen sind durch die negativen Auswirkungen des Ukraine Krieges und den wieder aufgeflamten Konflikt im Nahen Osten auf den Tourismus-Sektor des Landes getrübt.

Soziale Entwicklung

Jordanien gehört nach den Kategorien des World Development Index zu den Ländern mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“ und lag mit einem HDI-Wert von 0,736 zuletzt auf Platz 99 (von 193; Stand 2022) weltweit. Im Vergleich zu seinen Nachbarländern liegt Jordanien damit hinter Israel (HDI-Wert von 0,915) und Saudi-Arabien (HDI-Wert von 0,875), jedoch deutlich von dem Irak (HDI-Wert von 0,673) und Syrien (HDI-Wert von 0,577). Diese Entwicklung kommt Männern und Frauen jedoch in unterschiedlichem Maße zugute. So weist der Gender Development Index mit einem Wert von 0,863 auf eine deutliche Verschiebung zu Ungunsten von Frauen hin. Dies liegt vor allem an den sehr ungleichen Gehaltsaussichten. Während Frauen von einer höheren Lebenserwartung und einer längeren Schulbildung profitieren, sind sie in Jordanien in Bezug auf das Gehalt eklatant benachteiligt (Faktor fünf). Jordanien empfängt derzeit (Stand 2022) internationale Entwicklungshilfe (ODA) in Höhe von knapp 5 % seines Nationalproduktes.

In Bezug auf die Sustainable Development Goals (SDG) machte Jordanien in den letzten vier Jahren kaum Fortschritte, in den vergangenen Jahren sogar Rückschritte und fiel nun von Rang 77 auf Jahr 85 zurück (Stand 2024). Lediglich 40 % der gesetzten Ziele wurden bisher erreicht; bei knapp 30 % sind Fortschritte zu verzeichnen. So wurde bisher nur SDG 1 (no poverty) erfüllt. Dies bedeutet, dass kein Mensch in Jordanien mehr unter der sog. internationalen Armutsgrenze (2,15 US-Dollar pro Tag) lebt. Dennoch leben nach [Weltbankangaben](#) etwa 35 % der jordanischen Bevölkerung (etwa vier der 11,3 Millionen) unter der nationalen Armutsgrenze von 7,9 US-Dollar pro Tag. Dies liegt unter anderem an der generell hohen

Arbeitslosenquote von 17,9 % und einer enorm hohen Jugendarbeitslosigkeit, welche 2022 (allerdings auch aufgrund der Covid-Pandemie) bei 41,9 % lag (ILO-Schätzungen).

Große Herausforderungen bestehen auch Bezug auf SDG 3 (Good health and well-being), 5 (Gender equality) und 6 (clean water and sanitation). Hier ist Jordanien weit davon entfernt die von der Agenda 2030 gesteckten Ziele zu erreichen. Bei SGD 4 (quality education) scheinen die Herausforderungen sogar zuzunehmen, was auch damit zusammenhängt, dass Jordanien die Bereitstellung von Schulbildung zunehmend schwerfällt.

Das Gesundheitssystem des Landes ist in den städtischen Zentren des Landes gut, in den eher ländlichen Bereichen jedoch unzureichend. Mit einer Kindersterblichkeit von 12 pro 1.000 Geburten liegt das Land aktuell (Stand: 2022) bei der Hälfte des Durchschnittswertes in der „Arabischen Welt“ (aktuell 24). Ein Stressfaktor für die Entwicklung Jordanien ist die hohe Anzahl an Flüchtlingen. Jordanien ist das wohl am stärksten vom Krieg in Syrien betroffene Nachbarland. Mit offiziell 730.000 registrierten Flüchtlingen (überwiegend, aber nicht ausschließlich aus Syrien) weist Jordanien aktuell die höchste Dichte an Geflüchteten pro Einwohner:in auf. Dies bedeutet u. A. eine große Herausforderung für den jordanischen Bildungssektor, welcher angesichts der großen jungen Bevölkerung ohnehin schon überfordert waren. Als Folge des Krieges in Syrien und der hohen Anzahl an minderjährigen Geflüchteten mussten mehr als zusätzliche 200.000 Kinder im schulpflichtigen Alter aufgenommen werden. Nach dem Sturz des Assad-Regimes in Syrien durch separatistische Rebellengruppen im Dezember 2024 bleibt nun abzuwarten, welche Auswirkungen dies auf die nach Jordanien geflüchteten Menschen haben wird und ob diese nun wieder in ihr Heimatland zurückkehren wird. Erste Anzeichen hierfür sind durchaus zu erkennen.

Andere Stressfaktoren wie ein hohes Bevölkerungswachstum sind in Jordanien (aktuell 1,2 %, Stand 2022) kaum ausgeprägt.

Mit knapp 5 % des BIP sind die Militärausgaben Jordanien aktuell sehr hoch. Im Gegenzug dazu sind die Bildungsausgaben mit 3,2 % des BIP recht niedrig; insbesondere, da das Bildungssystem vor großen Herausforderungen steht. Aktuelle Gesundheitsausgaben liegen nicht vor. Rüstungsexporte erscheinen vor diesem Hintergrund als „möglicherweise kritisch“ und angesichts der bereits sehr hohen Militarisierung des Landes (aktuell Rank 15 des GMI-Rankings) nicht ratsam.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM August 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

